



Nr. 202. Morgen-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Donnerstag, den 21. März 1889.

Deutschland und England.

Als vor einigen Jahren die bulgarische Frage brennend zu werden begann, veröffentlichte die „Kölner Zeitung“ einen merkwürdigen Artikel, der Übernahme in alle offiziöse Blätter, insbesondere auch in die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fand. In diesem Artikel war ein lebhafter Appell an England enthalten. Es war davon die Rede, daß das Aussehen der alten Welt ein anderes und besseres sein würde, wenn England auch bloß errathen würde, daß es sich in der bulgarischen Frage oder überhaupt in der orientalischen Politik nach Bundesgenossen umsehe. Und dann war erzählt, welche Mühe es dem deutschen Reichskanzler einst gekostet habe, den Kaiser Wilhelm zur Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Bündnisses, welches seine Spize gegen Russland fehrt, zu bewegen. Der Kanzler habe sein Entlassungsgesuch einreichen müssen; er habe den Grafen Stolberg nach Ems zum Kaiser geschickt und täglich Depeschen und Denkschriften an denselben senden müssen, um endlich dieses Werk ins Leben zu führen. Sei es da nicht die Pflicht des „britischen Better“, ebenfalls aus der bisherigen Zurückhaltung herauszutreten und sich nach Bundesgenossen in Europa umzusehen, um den Fortschritten der russischen Macht einen Damm entgegenzusetzen? Der Artikel erregte damals großes Aufsehen. Man sprach von der Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Deutschland und England. Dieser Gedanke ist in der Folgezeit wiederholt aufgetaucht, insbesondere bei den geheimnisvollen Reisen Lord Randolph Churchills. Daß über den Eintritt Englands in das Bündnis mit Deutschland verhandelt worden ist, unterliegt keinem Zweifel. Aber es scheint, als sei diese Verhandlung nicht zu einem günstigen Ziele gediehen. Immer ist irgend ein Ereignis dazwischengetreten, welches den Abschluß des Bündnisses hemmte. Häufig ist das entscheidende Hindernis die Lage des englischen Cabinets. Dasselbe kann ohne die Zustimmung des Parlaments nichts thun. Und das englische Parlament läßt sich ungern auf Verpflichtungen für die Zukunft ein, weil es der Ansicht ist, welche schon Prinz Albert von Großbritannien ausgesprochen hat, daß meistens in der Praxis die Fälle sich ganz anders gestalten, als man sich bei Abschluß von Verträgen gedacht hat. Es ist aber nicht unmöglich, daß in der Neuzeit in dieser Auffassung ein Wandel eingetreten ist; denn es besteht ein festes Einvernehmen zwischen Italien und England hinsichtlich der Machtverteilung im Mittelmeer und bezüglich aller den Orient betreffenden Fragen. Ob man dieses Verhältnis ein festes Bündnis nenne oder nicht, ist von untergeordneter Bedeutung. Sedenfalls kann Italien mit Sicherheit darauf rechnen, daß im Kriegsfall die englische Flotte die italienische Küste schützt. Schon als im vorigen Jahre einen Augenblick der Ausbruch eines Krieges zwischen Italien und Frankreich nahe schien, hatten die englischen Geschwaderchefs gemäßigte Befehle, mit der italienischen Flotte zu kooperieren. Wenn nun ein solches Verhältnis zu Italien, welches doch der Bundesgenosse Deutschlands ist, hergestellt werden könnte, weshalb nicht auch unmittelbar zu Deutschland? Es ist seit vielen Jahren das von dem Fürsten Bismarck selbst bekannte Bestreben dieses leitenden Staatsmannes des Reiches, ein solches Einverständnis mit England zu finden, und wenn die Anzeichen nicht trügen, so wird gegenwärtig in London über ein Anerbieten des Fürsten Bismarck zum Abschluß eines Allianzvertrages verhandelt.

Man war nicht wenig erstaunt, als in den jüngsten Wochen ein englischer Staatsmann, dessen Name bisher in Deutschland nicht allzu häufig genannt worden ist, am Berliner Hofe, dessen Compagnie nach der Versicherung der offiziösen Blätter im Gegensatz zu der Regierungszeit Kaiser Friedrichs durchaus nach Petersburg zeigte, mit ganz ungewohnter Zuverlässigkeit und Aufmerksamkeit behandelt wurde. Lord Charles Beresford, der sich jetzt wieder bei der Beratung der englischen Flottenvorlage hervorhebt, wurde vom Kaiser wiederholt empfangen. Es wurden für ihn besondere Festlichkeiten veranstaltet, bei welchen er stets den Ehrenplatz neben dem Kaiser einnahm, und er wurde sowohl auf dem Außenamt des Deutschen Reiches wie auf der Botschaft Ihrer britischen Majestät empfangen nicht wie ein Privatmann von Rang und Stand, sondern wie ein Staatsmann in hervorragender außerordentlicher Mission. Man bezeichnete auch damals Lord Charles Beresford als den Träger irgend einer wichtigen Mission. Nur herrschte über den Charakter derselben manigfacher Zweifel. Man versicherte, der Lord habe über die Reise des Deutschen Kaisers nach England zu verhandeln gehabt, und in der That wurde in den Tagen seiner Anwesenheit in Berlin bekannt gegeben, daß Kaiser Wilhelm eine Reise nach London plane und den englischen Monarchen des bevorstehenden Sommers beizuwöhnen gedenke. Andererseits hieß es auch, die Mission des englischen Edelmannes sei delikater Natur und beziehe sich auf Privatverhältnisse der beiderseitigen Dynastien. Wie dem auch sei, jedenfalls müßte die besondere Aufmerksamkeit, die Lord Beresford erwiesen wurde, in weiten Kreisen Aufmerksamkeit erregen. Und wenn heute versichert wird, der Lord habe keinen geringeren Auftrag gehabt, als über den Abschluß eines Bündnisses zwischen Deutschland und England zu verhandeln, so wird diese Meinung sicherlich manigfach Glauben finden. Sie wird um so wahrscheinlicher sein, als englische Blätter augenblicklich melden, daß der britische Botschafter bei der deutschen Regierung, Sir Edward Malet, in geheimer Mission in London geweilt und der englischen Regierung ein vertrauliches Anerbieten des Fürsten Bismarck zu einer Allianz überbracht habe. Wer würde sich wundern, wenn diese Nachricht amtlich oder halbamtlich in Abrede gestellt würde? Das ist des Landes so der Brauch, ehe ein wirklich vorhandener Plan zu gedeihlichem Abschluß geführt ist. Aber sollte die Nachricht gleichwohl auf Wahrheit beruhen, so würde sie in Deutschland nur bei allen Kreisen, welche Verständnis für die Lebensinteressen der Nation besitzen, Freude und Zustimmung finden. Nichts ist so natürlich, als daß sich Deutschland mit England für den Fall großer Verwicklungen in der alten Welt vereinigt, und nichts vermöge so sehr die Macht der Gegner und ihre Abenteuerlust zu schwächen, als das Bündnis der größten Landmacht und der meerbeherrschenden Britannia.

Es ist leider eine üble Sitte in jener Presse, welche sich sonst stets bemüht, die Gedanken des Fürsten Bismarck zu errathen, gegen England und die „Engländer“ zu Felde zu ziehen. Man hat nicht genug über die Engherzigkeit des „Krämervolkes“ spotten, nicht genug die stammverwandte Nation verhöhnen können, welche ihre „Kattun-

seele“ aus Manchester bezogen habe. Indessen in Wahrheit ist die Freundschaft Englands für das Deutsche Reich so viel wert als eine Armee. Man bedenke nur, was schon der Schutz der norddeutschen Küste durch die englische Flotte bedeutet! Daß man unter normalen Verhältnissen dieses Schutzes sicher wäre, unterliegt keinem Zweifel. Denn auch im Jahre 1870 hat der Chef des englischen Nordseegeschwaders Befehl gehabt, im Notfalle die Neutralität zu brechen und einem französischen Angriiffsgeschwader eine Schlacht anzubieten. Diese Thatsache ist erst jüngst an die Öffentlichkeit gekommen, und sie ist geeignet, manches Vorurtheil, welches man über England wegen seiner Haltung zur Zeit des französischen Krieges hegte, zu widerlegen. Nicht minder wichtig ist die englische Bundesgenossenschaft für jedweden Angriff des Deutschen Reichs. Eine Coöperation mit der englischen Flotte kann sowohl Frankreich wie Russland gegenüber die Erfolge der deutschen Waffen in hohem Grade sichern. Es ist daher begreiflich, welches große Gewicht der deutsche Reichskanzler neuerlich auf die Freundschaft Englands legt. Genügt doch eine kleine Anzahl von englischen Kriegsschiffen, um beispielweise die ganze dänische Streitmacht, zu deren Beobachtung Deutschland immerhin ein beträchtliches Armeecorps im Lande aufstellen mühte, lahm zu legen und zur Unfähigkeit zu verurtheilen. In seinen jüngsten Reden hat Fürst Bismarck sich sichtlich bemüht, den traurigen Eindruck, welchen die Heze gegen Sir Robert Morier in England gemacht hat, zu verwischen und dieselbe als eine rein persönliche Angelegenheit einer politischen Bedeutung zu entkleiden. Ob ihm dieser Zweck ganz gelungen sein wird, mag zweifelhaft sein. Im Ernstfalle darf man jedoch annehmen, daß die Verkündung über dieses peinliche Vorzimmers auf die Entschiebung der englischen Regierung hinsichtlich eines Bündnisses mit Deutschland ohne Einfluß bleiben werde. Denn auch England würde bei einem Bündnis nur sein eigenes Interesse wahrnehmen, und der Kanzler hat schon im Jahre 1885 davon gesprochen, daß beide Reiche nach ihrer Stammesgenossenschaft, nach ihrer Geschichte und nach ihrer Interessengemeinschaft notwendig auf einander angewiesen seien. Heute ist dieser Satz wahrer denn je. England hat die gleichen Gegner und die gleichen Freunde wie Deutschland. Es kann dem Wachsthum der französischen Seemacht ebenso wenig gleichgültig zusehen, wie der Ausdehnung der russischen Landmacht, und Großbritannien würde den Sieg dieser Mächte nicht ertragen können, ohne an seinem eigenen Ansehen und an seinem Einfluß in zwei Welten beträchtliches einzubüßen.

Das Bündnis zwischen dem „deutschen Michel“ und seinem „britischen Better“, wie die offiziösen deutschen Blätter damals schrieben, würde daher ein höchst erfreulicher und nach Lage der Sache geradezu gebotener Abschluß des mitteleuropäischen Bündnisses sein. Ob freilich die Dinge schon so weit gediehen sind, daß man der Verkündigung des Vertrages in Kürze entgegensehen darf? Wir erinnern uns, daß einst Lord Salisbury es war, der das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich als eine „große Freudenbotschaft“ dem englischen Parlament verkündete. Es würde eine noch erfreulichere Post sein, wenn sich die Nachricht von der Mission Lord Beresford's und Sir Edward Malet's bestätigte und zwischen den Ländern des germanischen Stammes endlich jenes enge Verhältnis hergestellt würde, welches den europäischen Frieden und jedenfalls den Sieg der Friedensmächte verbürgte.

Deutschland.

Berlin, 19. März. [Internationaler Arbeiterschutz.] Der schweizerische Bundesrat hat die Industriestaaten eingeladen, an einer Konferenz über eine internationale Arbeitsergezgebung teilzunehmen, und im Gegensatz zu seiner Einladung vom Jahre 1881 ein bestimmtes Programm aufgestellt, welches zur Erörterung gelangen soll. Im Jahre 1881 hatten einzelne Staaten gewünscht, daß ihnen zunächst mitgetheilt werde, auf welche Punkte sich die Berathungen erstrecken sollen. Das ist jetzt geschehen, obwohl es immer noch fraglich ist, ob diese Beschränkung des Programms die Regierungen bewegen werde, die eidgenössische Einladung anzunehmen. Früher herrschte bei den meisten Staatsleitern, insbesondere auch bei denen von Frankreich, Deutschland und England, ganz abgesehen von Belgien, welches nicht einmal eine Antwort gegeben hatte, eine ausgesprochene Abneigung gegen die internationale Regelung dieser Frage. Und doch sollte man meinen, daß sich über gewisse Bedingungen des Arbeiterschutzes ebensowohl internationale Abmachungen treffen lassen wie über die Beseitigung von Zuckerprämiens oder über das Verlagsrecht oder über das rothe Kreuz. Alle Zeit ist ein Gedanke der internationalen Ordnung einer solchen Materie Anfangs als chimärisch verachtet worden. Auch der Weltpostverein ist nicht wie eine gewappnete Minerva sofort fertig dem Hause des Herrn Stephan entsprungen. Auch hier hat es Zweifel, Bedenken, Spott und Hohn gegeben, und dennoch haben die Vorarbeiten zu einem glänzenden Erfolg geführt. Wenn nun sogar über die Beseitigung gewisser Gesetze aus der Kriegsführung bindende Abmachungen getroffen werden könnten, ohne daß doch eine internationale Behörde vorhanden oder mächtig genug ist, ihre Durchführung zu überwachen, weshalb sollte nicht auch über die Beschränkung der Kinderarbeit oder über die Nacharbeit der Frauen in den Fabriken ein solches Nebereinkommen zu ermöglichen und seine Durchführung sicher zu stellen sein? Mit dem Einwande, daß es an einer gleichmäßigen Durchführung fehlen werde, könnte man alle derartigen internationalen Verträge ansetzen. Indessen seit Jahren hat die Forderung, nach einem kräftigeren Arbeiterschutz durch die nationale Gesetzgebung keinen stichhaltigen Grund erfahren als die Behauptung, daß dadurch die Conurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt geschwächt werde. Man hat immer erklärt, so lange in Belgien die Arbeitszeit nicht so beschränkt sei wie in Deutschland, oder so lange in England die Verwendung von Kindern in den Fabriken eine ausgedehntere sei als hier zu Lande, könne man selbst an sich höchst wünschenswerthe Reformen nicht durchführen, da man dadurch die nationale Arbeitsschädige. Was also wäre natürlicher als daß man wenigstens den Versuch mache, gleichmäßige internationale Arbeitsbestimmungen zu schaffen? Freilich kann dadurch die nationale Gesetzgebung auf diesem Gebiete nicht überflüssig werden. Die meisten Forderungen, welche die Mehrheit des Reichstages gebilligt hat, sind ohne nennenswerthen Nachtheil für

die Conurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Auch hat das Beispiel Englands gezeigt, daß keineswegs eine Verbesserung des Arbeiterschutzes und eine Beschränkung der Arbeitszeit die Conurrenzfähigkeit der Industrie schmälere. Immerhin bleibt es auch gewisse Forderungen, deren Durchführung sehr erfreulich wäre, aber allerdings auf den Weltmarkt zurückwirken müßte. Gerade für diese Bestimmungen — und einzelne derselben finden sich auch in dem Programm des eidgenössischen Bundesrates — ist eine internationale Vereinbarung ebenso notwendig wie möglich. Über den internationalen Schutz der Arbeiter hat man jetzt bereits eine vollständige Literatur. Eine sehr gute Übersicht derselben und eine treffende Würdigung der Gründe für und wider den Plan hat der Freiburger Privatdozent Dr. Georg Adler jüngst in den „Annalen des Deutschen Reichs“ gegeben. Allem Anschein nach ist dieser Aufsatz nicht ohne Einfluß auf den Entschluß der schweizerischen Behörde gewesen. Wahrscheinlich wird sie auch manche Regierung in ihrem bisherigen Widerstande gegen die Idee irre gemacht haben. In jedem Falle kann man nur wünschen, daß der menschenfreundliche Vorschlag der Schweiz eine freundlichere Aufnahme als im Jahre 1881 finde, und daß die für den September in Aussicht genommene Conferenz zu Stande komme. Der Schwierigkeiten werden noch viele zu bewältigen sein, ehe der Gedanke zur That wird; aber auch hier gilt das alte Wort: „Wo nur ein Wille, da ist auch ein Weg.“

[Militärisches.] Durch eine im „Armee-Verordn.-Blatt“ veröffentlichte Gabinettsordre vom 14. d. Ms. werden bereits Bestimmungen über die aus Anlaß des Etats für 1889/90 notwendig werdenen Formations- u. Änderungen getroffen, wobei natürlich die aus dem Nachtragsetat sich ergebenden Neuformationen u. c. noch nicht berücksichtigt sind. Die Generalinspektion der Feldartillerie und die 4 Feldartillerie-Inspektionen kommen in Fortfall. Die Feldartillerie-Brigaden werden den General-Commandos unterstellt. Zur Leitung und Beaufsichtigung der artilleristisch-technischen Ausbildung der Feld-Artillerie wird eine Inspection der Feldartillerie errichtet. Beim Großen Generalstab kommt die Stelle des General-Duwartiermeisters in Fortfall, dagegen werden 3 Oberquartiermeister (Generalmajors oder Generalleutnants) etatsmäßig, von denen der älteste den Chef des Generalstabes vorkommendfalls vertritt. Der Etat an Offizieren erhöht sich beim Kriegsministerium um 1 Stabsoffizier (beim Militärcabinet), beim Großen Generalstab um 3 Stabsoffiziere als Eisenbahn-Liniens-Commissionare (in Elberfeld, Magdeburg und Straßburg im Elß), sowie um 6 Stabsoffiziere als Eisenbahn-Commissionare, bei der Militär-Schießschule, bei der Gewehr-Prüfungs-Commission und bei den Gewehr- und Munitions-Fabriken um 1 Stabsoffizier, bei der Kriegssakademie um 1 Hauptmann 1. Klasse als drittes Directorsmitglied, bei der Kriegsschule in Hannover um 1 Hauptmann 1. Klasse und 3 Hauptleute 2. Klasse, bei der Schloß-Garde-Compagnie um 1 Premierleutnant und endlich beim Zeugpersonal um 2 Hauptleute 1. Klasse, 3 Hauptleute 2. Klasse und 4 Leutnants. Als Adjutanten werden zugleich jedem Generalcommando ein Hauptmann als 3. oder 4. Adjutant, der Inspection der Feld-Artillerie 1 Stabsoffizier und 1 Hauptmann 1. Klasse und jedem Oberquartiermeister 1 Hauptmann 2. Klasse. Beim Friedrich-Wilhelms-Institut wird ein weiterer Stabsarzt etatsmäßig. Die Stelle eines Garnisonarztes in Swinemünde geht ein. Beim Militär-Reitinstut wird an Stelle der beiden Stallmeister ein Mittelmeister 1. Klasse als Reitlehrer etatsmäßig. Die Stelle des Commandanten von Memel wird nach Bisch übertragen. Die Commandantur in Kolberg geht ein. Den Bezirk-commandos treten 60 inactive Offiziere, der Regel Hauptleute oder Leutnants, als Befehlsoffiziere hinzu. Die Gebühren von $\frac{1}{2}$ der manquirenden Leutnants bei der Infanterie und den Jägern können vermehrt werden, um daraus außerordentliche Befehlswinkel als Offizierdiensthauer zu verstetigen. Die Zahl dieser Befehlswinkel ist für das Ganze zwar vorläufig auf 1230 festgelegt, wovon 87 auf das Gardecorps entfallen.

[Über die Emin-Pascha-Expedition] wird der „Weser-Zeitung“ aus Berlin geschrieben: „Die vom Telegraphen gemeldete beschleunigte Abreise des deutschen Reichscommissars Wijmann von Egypten nach Zanzibar dürfte wohl in urächtlichem Zusammenhange mit der Emin-Pascha-Expedition des Dr. Carl Peters stehen. Wie bereits bekannt, ist Peters auf dem Wege nach Zanzibar, die für ihn geworbenen Somalis aber haben in Lamu nicht landen dürfen, sind entwaffnet und nach Bagamoyo auf einem Dampfer des Sultans von Zanzibar geschafft worden. Es ist von vornherein klar, daß bei den bestehenden freundlichen Verhältnissen die Engländer und der Sultan im Einverständniß mit der deutschen Regierung gehandelt haben werden. Spielt ja doch die geplante Peters'sche Unternehmung schon so lange, daß zu eingehendstem Gedankenaustausch über dieselbe Zeit geboten ist. Man kann daher wohl ohne Weiteres annehmen, daß Fürst Bismarck von der ganzen Sache nichts wissen will und fürchtet, daß die Expedition nur zu Missgeschicken unter den Einheimischen oder den Engländern führen würde. Daß die Expedition von Bagamoyo aus vorgeht, ist nach Lage der Dinge selbstverständlich ausgeschlossen. Die Entscheidung über die ganze Sache wird wohl vom Reichscommissar gefällt werden, dessen Ankunft an der ostafrikanischen Küste ja nun wohl binnen Kurzem zu erwarten ist. Ob derselbe die für Peters geworbenen Somalis nach Witu schicken und Dr. Peters gestatten wird, von dort seinen Zug anzu treten, wie ein Colonialblatt meldet, dürfte doch sehr zweifelhaft sein. Man ist froh, daß bisher an der Mandabucht die Ruhe nicht gestört worden ist, und wird schwerlich irgend einen Schritt thun oder dulden, der neue Schwierigkeiten in Ostafrika zu erwecken geeignet sein könnte. So scheint es denn, als wenn die vielversprochene Emin-Pascha-Expedition den Anfang des Endes der Peters'schen Herrlichkeit bilden wird. Daß Herr Dr. Peters je wieder an der Leitung der ostafrikanischen Gesellschaft, auch nach Ablauf seines Urlaubs, einen maßgebenden Einfluß gewinnen sollte, dürfte nach den Neuerungen wohlunterrichteter Personen geradezu ausgeschlossen sein. Auf die Haltung der Blätter und Personen, welche bisher mit so großem Eifer für diesen Herrn eingetreten sind, im Laufe der nächsten Monate, kann man wohl mit Recht gespannt sein.“

[Über die „Chinesenfrage“] die im Central-Verein westpreußischer Landwirthe angeregt worden, schreibt die „Danz. Ztg.“: „Die Berliner Blätter legen etwas zu viel Gewicht auf die sogenannte Chinesenfrage. Hierbei ist dem Berichte des Grandenzer „Geißligen“ ein Missverständnis unterlaufen. Nach demselben müßte es allerdings scheinen, als habe der Regierungspräsident v. Massenbach (nicht v. Heppen-Danzig, wie die „Freiämmer-Zeitung“ irrig annimmt) den Centralverein zur Be gutachtung der Frage aufgefordert, ob sich die Einfuhr chinesischer Kulis empfehle. So liegt die Sache tatsächlich nicht. Herr von Puttkamer-Plaue hat nicht gefragt: „der Regierungspräsident hat an mich ein Schreiben gerichtet“, sondern: „der Regierungspräsident hat an mich das Schreiben eines Landwirths überhandt“. Herr v. Puttkamer hat damit gemeint, daß der Regierungspräsident an ihn, den Vorsitzenden des

landwirtschaftlichen Centralvereins, ein Schreiben mit der Anregung dieser Frage eines Landwirths übersendet habe, welches derselbe in Unkenntnis mit dem Instanzenwege an den Regierungspräsidenten geschickt hatte. Der Regierungspräsident hat also die Frage nicht angegelt. Wohl aber sind tatsächlich nach Herrn von Puttkamer's Plaut Mittheilungen „intelligente Landwirthe“ dieser Frage nähergetreten, und zwar rührte dieses Schreiben, welches über das Regierungspräsidium an den Centralverein gelangte, von einem Stargarder Domänenwächter her. Uebrigens ist diese Anregung gar nicht einmal neu. Schon vor etwa zwei Jahren sprach ein Vorstandsmitglied des „Landwirtschaftlichen Centralvereins für den Regio-District“, Herr Boas-Bromberg, die Befürchtung aus, daß man, um der Calamität zu steuern, vielleicht in nicht zu ferner Zeit den Gedanken ernstlich erwägen werde, durch Einführung von Kulis den Bedarf an Arbeitern zu decken. Der Herr Domänenwächter hat jetzt nur erfüllt, worauf Herr Boas bereits im Jahre 1887 hingewiesen hat.“

[Berliner Domäne.] Zu der vorläufigen Entscheidung, welche die Angelegenheit des Berliner Dombaus jüngst gefunden, macht die „D. Bautzg.“ folgende Schlussbemerkungen: „Es ist nicht anzunehmen, daß der formellen Einschränkung, welche das Abgeordnetenhaus an seinen Beschluß gefügt hat, ein anderes, als das allgemeine parlamentarische Bedenken zu Grunde liegen sollte, sich zur Bewilligung der Kosten für eine Bauausführung zu verpflichten, bevor ein endgültiger Entwurf vorliegt und der Gesamtumfang der zur Verwirklichung derselben erforderlichen Kosten sich übersehen läßt. Hieran oder an die Beurteilung, welche der bezügliche (wie verlautet, bereits fertige) neue Entwurf vermutlich nicht entzogen wird, noch Hoffnungen knüpfen zu wollen, welche im Sinne der Seiten der Architektenkunst ausgeprochenen Vorschläge sich bewegen, dürfte unter den vorliegenden Umständen mehr als kühn sein. Der letztere bleibt so nach kaum etwas übrig, als ihre Niederlage zu bekennen. Sie mag sich in derselben allerdings mit dem Bewußtsein trösten, in ihren leidiglich auf ein ideales Ziel gerichteten Bestrebungen so gut wie einmütig gewesen zu sein. Der Rest ist Schweigen!“

[Militär-Wochenblatt.] v. Besser, Major z. D., zum Commandeur des Landw.-Bezirks Bartenstein ernannt. Würmeling, Major vom Inf.-Regt. Nr. 131, zum Bais.-Commandeur ernannt. Werder, Major aggreg. dem Kaiser Alexander-Garde-Gren.-Regt. Nr. 1, in das Inf.-Regt. Nr. 131 einrangiert. Graf von Schweinitz und Krahn Freiherr von Kauder, Major z. D., unter Entbindung von der Stellung als Commandeur des Landw.-Bezirks Bartenstein, mit seiner Pension und der Uniform des Inf.-Regts. Graf Dönhoff (7. Ostpreuß.) Nr. 44, der Abschied bewilligt. Garrelts, Major a. D., zuletzt im jetzigen Fuß.-Regt. Fürst Karl Anton von Hohenzollern (Hohenzollern.) Nr. 40, unter Erteilung der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des genannten Regts., mit seiner Pension zur Disp. gestellt. v. Hantemann, Major a. D., zuletzt Hauptm. im damaligen Herzogl. Braunschweig. Inf.-Regt. Nr. 92, unter Erteilung der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des jetzigen Braunschweig. Inf.-Regts. Nr. 92, in den Verband der Preußischen Armee, und zwar als charakteris. Major a. D., aufgenommen. Hirschfeld, Röhrer beim Hus.-Regt. von Schill (1. Schles.) Nr. 4, zum Ober-Röhrer beim Kür.-Regt. Graf Gehler (Rhein.) Nr. 8 ernannt.

Kaiserliche Marine. von Kall, Contre-Admiral, zum Chef der Manöverflotte für die Dauer ihrer diesjährigen Sommerübungen, Hollmann, Contre-Admiral, zum Chef des Übungsgeschwaders, ernannt. Koester, Capitän zur See, von der Stellung als Ober-Werftdirector der Werft zu Kiel entbunden. Balois, Capitän zur See, von der Stellung als Ober-Werftdirector der Werft zu Danzig entbunden und zum Ober-Werftdirector der Werft zu Kiel, Freiherr v. Hollen, Capitän zur See, von der Stellung als Präses der Schiffss-Prüfungs-Commission entbunden und zum Vorstand des Hydrographischen Amts der Admiralität, Schulze, Capitän zur See, zum Ober-Werftdirector der Werft zu Danzig, v. Reiche, Capitän zur See, zum Commandanten S. M. Panzer-schiffes „Deutschland“, Kuhn, Capitän zur See, zum Commandanten S. M. Panzer-schiffes „Oldenburg“, ernannt. Thommen, Capitän zur See, von der Stellung als Chef des Stabes des Commandos der Marinestation der Nordsee entbunden. v. Diederichs, Capitän zur See, zum Commandanten S. M. Panzer-schiffes „Bayern“, Oldenkop, Capitän zur See, von der Stellung als Commandeur der 2. Matrosendivision entbunden und zum Chef des Stabes des Commandos der Marinestation der Nordsee, Aschenborn, Capitän zur See, zum Commandanten S. M. Kadettenschiffes „Röde“, Baranow, Capitän zur See, zum Inspecteur des Torpedowesels und gleichzeitig zum Chef der Torpedobootsflottille für die Dauer ihrer Sommerübungen, Schwarzkopf, Capitän zur See, zum Commandanten S. M. Panzer-schiffes „Baden“, Tippiz, Capitän zur See, von der Stellung als Inspecteur des Torpedowesels entbunden und zum Commandanten S. M. Panzer-schiffes „Preußen“, Prinz Heinrich von Preußen, Königliche Hoheit, Capitän zur See, von der Stellung als Abtheilungs-Commandeur bei der 1. Matrosendivision entbunden und zum Commandanten S. M. Kreuzercorvette „Irene“, v. Arnim, Capitän zur See, von dem Commando zur Dienstleistung in der Admiralität entbunden und zum Commandanten S. M. Yacht „Hohenzollern“, Freiherr v. Bodenhausen, Corvetten-Capitän, zum Chef des Stabes der Manöverflotte, Clausen u. Fink, Corvetten-Capitän, zum Commandanten S. M. Schiffs-jungen-Schulschiffes „Ariadne“, v. Schuckmann II., Corv.-Capitän, von der Stellung als Abtheilungs-commandeur bei der 2. Matrosendivision entbunden und zum Commandanten des Stamm-schiffes der Reserve-division der Nordsee, v. Pröttwitz, Gaffron, Corv.-Capitän, zum Commandanten S. M. Kreuzercorvette „Alexandrine“, Frhr. v. Malahahn, Corv.-Capitän, von dem Commando zur Dienstleistung in der Admiralität entbunden

und zum Commandanten S. M. Schiffs-jungen-Schulschiffes „Musquito“, v. Rosen, Corv.-Capitän, zum Abtheilungs-commandeur bei der zweiten Matrosendivision ernannt. Maßke, Corv.-Capitän, von der Stellung als Art.-Offizier vom Platz und Vorstand des Art.-Depots zu Geestemünde, Fischel, Corv.-Capitän, von der Stellung als Commandeur der 1. Torpedo-Abtheilung entbunden. Graf von Baudissin, Corv.-Capitän, zum Commandanten S. M. Schiffs-jungen-Schulschiffes „Rover“, Hofmeier, Corv.-Capitän, zum Commandanten S. M. Aviso „Blitz“, Becker, Corv.-Capitän, zum Commandanten S. M. Fahrzeugs „Vommeranta“, Burck, Corv.-Capitän, zum Commandanten S. M. Aviso „Wach“, Kalau vom Hofe, Corv.-Capitän, zum Commandeur der 3. Matrosen-Artillerie-Abtheilung ernannt. Stubenrauch, Corvetten-Capitän, von dem Commando zur Dienstleistung beim Hydrographischen Amt der Admiralität, v. Kries, Corv.-Capitän, von der Stellung als Commandeur der 3. Matrosen-Artillerie-Abtheilung, v. Gieckfeldt, Corv.-Capitän, von der Stellung als Commandant S. M. Kanonenboots „Ulfis“, entbunden. Grüner, Corv.-Capitän, zum Abtheilungs-commandeur bei der 1. Matrosendivision, Ihn, Corv.-Capitän, von dem Commando zur Dienstleistung in der Admiralität entbunden und zum Commandanten S. M. Aviso „Grille“, Fäschke, Corv.-Capitän, zum Commandeur der 1. Torpedo-Abtheilung, Delrichs, Capitänleutnant, zum Commandanten S. M. Aviso „Bieten“, Flitschner, Capitänleutnant, zum Art.-Offizier vom Platz und Vorstand des Art.-Depots zu Geestemünde ernannt. Breusing, Capitänleutnant, von dem Commando zur Dienstleistung in der Admiralität entbunden. Ascher, Capitänleutnant, zum Commandanten S. M. Kanonenboots „Ulfis“, Krieg, Capitänleutnant, zum Chef einer Torpedobootsdivision, Hartmann, Capitänleutnant, zum Commandanten S. M. Fahrzeugs „Albatros“, Franz, Capitänleutnant, zum Chef einer Torpedobootsdivision ernannt.

D e s t r e i c h - U n g a r n .

x. Wien, 19. März. [Zu den gestrigen Gemeinderathswahlen. — Der Kampf um die Schule.] Als ich Ihnen über die große Parteidiskussion der liberalen Partei berichtete, die Sonntag vor acht Tagen unter dem Vorsitz des Ritters von Chlumetz stattgefunden, habe ich aus meiner Beobachtung kein Hehl gemacht, daß die Action der Liberalen eine verspätete und auf die bevorstehenden Wiener Gemeinderathswahlen schwerlich mehr von Einfluß sein dürfte. Diese Befürchtung hat sich leider, wie der Ausgang des gestrigen Wahltages gezeigt hat, als eine sehr berechtigte erwiesen. In acht von den zehn Gemeindebezirken der Stadt sind die Wähler des dritten Wahlkörpers (das sind alle zuständigen männlichen Bewohner, die zwischen 5 und 10 Fl. Steuer zahlen) an die Urnen getreten und in sechs von jenen acht Bezirken haben die sogenannten Vereinigten Christen, dieses Conglomerat von ultra-deutschnationalen und schwärzgelben Antisemiten, dann von Clericalen und Czechen mehr oder minder glänzende Siege davongefragt. Nur in der Inneren Stadt und in der Leopoldstadt siegten die Deutsch-Liberale, aber auch hier wiesen die verbündeten Reactionäre ansehnliche Minoritäten auf. Die praktische Bedeutung der gestrigen Wahl findet darin ihren Ausdruck, daß die Zahl der Antisemiten im Gemeinderath von 13 auf 22 angewachsen ist. Diese Ziffer wird sich aber durch die morgen stattfindenden Wahlen aus dem zweiten Wahlkörper noch um ein halbes Dutzend, vielleicht auch mehr erhöhen. Vor wenigen Jahren noch hätte man es freilich für unmöglich gehalten, daß der zweite Wahlkörper, den man mit Vorliebe den Wahlkörper der Intelligenz nannte, weil in demselben auch die Lehrer, Professoren, Advocaten und viele Staatsbeamten wählen, anderen als fortwährend gesinnten Candidaten zur Majorität verhelfen könnte. Allein der Aussall der vorjährigen Wahlen auf der Landstraße und in Marienhof hat uns darin leider eines Schlechteren befürchtet, und so muß man auch morgen auf neue Verluste der Liberalen gefaßt sein. Alles in Allem wird daher die Partei der Judenfeinde und Scandalmacher in der Stärke von etwa 30 Mann in den Gemeinderath einzehen. Wenn man sich vor Augen hält, welche Scandalen die Herren Lueger und Betsch schon bisher mit einem Dutzend Anhängern zu inszenieren verstanden, so kann man sich ohne viel Phantasie die Auftritte ausmalen, die uns in nächster Zukunft in unserem Rathaussaale bevorstehen. Dauert die dermalige Strömung in der Wiener Bevölkerung an, rafft sich die liberale Partei nicht zu einer energischen und consequenten Agitation gegen die antisemitisch-clericalen Tendenzen auf und duldet die Regierung auch fernerhin stillschweigend die so schwunghaft betriebene Klassenverhetzung, dann werden die Antiliberalen in wenigen Jahren alle 40 Mandate des dritten Wahlkörpers und möglicherweise auch mehr als die Hälfte der Mandate der zweiten Wahlkörper, und damit die Majorität im Wiener Generalratte an sich reißen. Eine antisemitische Generalvertretung mit einem antisemitischen Bürgermeister, das ist heute kein mühsiges Schreckschiff mehr, sondern ein Zukunfts-bild, dessen Realisierung näher gerückt ist, als man glauben mag.

Was eine solche Eventualität für Wien, für die Entwicklung von ganz Oesterreich zu bedeuten hat, läßt sich leicht ermessen, wenn man weiß, daß der unsichtbare Lenker dieser ganzen Bewegung Niemand anders als Prinz Alois Lichtenstein ist, dieser „Generalissimus der schwarzen Heilsarmee“, wie er heute im Abgeordnetenhaus von einem liberalen Redner genannt worden ist. Ein anderer liberaler Wähler sagte jüngst in einer Wählerversammlung: „Der Antisemitismus kommt ihm vor wie das trojanische Pferd, in seinem Baude stecken die Clericalen“. Das Wort ist wahr und treffend. Alle miteinander, die Antisemiten Schönerer'scher Couleur, die vor Bismarck ersterben und lieber heut wie morgen den Zerfall Oesterreichs herbeisehnen, die eingewanderten Czechen, die auch schon Wien czechisieren wollen, die Tausende kleiner Gewerbetreibenden, die die Juden und den Liberalismus verantwortlich machen, wenn ihre Geschäfte schlecht gehen, sie alle besorgen die Geschäfte der Clericalen, sie alle treiben Wasser auf die Mühle des Fürsten Lichtenstein, und das erste Opfer dieser Coalition von Fanatikern und Ignoranten wird die freie Schule sein. — Gerade a tempo hat heute im Abgeordnetenhaus bei der Specialberatung des Staatsvoranschlags die Debatte über den Unterrichtsetat begonnen, und alle Redner, die zum Worte kamen, behandelten die Schulfrage. Mit Energie und Feuerfeder sind die Liberalen Fuß und Weitlos den clericalen Schulanträgen, ihrem prinzlichen Hauptanreger und Förderer und der sich bisher noch immer in Schweigen hüllenden Regierung zu Leibe gegangen. Auch der schwarze Prinz selbst hat in die Discussion eingegriffen. Ich werde wohl noch Gelegenheit haben, auf denselben zurückzukommen. Heute sei nur constatirt, daß Fürst Lichtenstein es für angezeigt hielt, den Harmlosen zu spielen, der bei Leibe nicht die Zerstörung der modernen Schule verlange, sondern sich mit deren Confessionalisierung in derselben Weise begnügen, wie sie tatsächlich in Preußen, Bayern, Ungarn und was weiß ich noch welchen Ländern Europas seit Jahren durchgeführt sei. Abgesehen von der schon wiederholt und auch heute wieder schlagend nachgewiesenen Unrichtigkeit der von unseren Clericalen beliebten Darstellung der Schulverhältnisse in Preußen und Ungarn, vergaß der edle Fürst, daß sein Schulantrag schwarz auf weiß gedruckt vorliegt, und daß für Jeden, der lesen kann, darin doch etwas ganz anderes und weitaus gefährlicheres enthalten ist, als die „Confessionalisierung nach preußischem oder ungarischem Muster“. Morgen wird der Unterrichtsminister sprechen. Er muß sprechen, weil das so üblich ist; ob er aber auch etwas sagen wird, ob er endlich Aufklärung geben wird über die Stellung der Regierung zu den clericalen Schulanträgen, bleibt abzuwarten.

[Über die Skandalseen im ungarischen Abgeordnetenhaus] liegt folgender näherer Bericht vor:

Gegen 2 Uhr, nachdem das Haus schon mehrere scharfe Reden gegen das Wehrgezetz überstanden, erhob sich Abg. Karl Götzs von der äußersten Linken, um einen angeblichen Korruptions-Skandal in folgender Weise zu inszenieren: Er erachte es für seine Pflicht, den Ministerpräsidenten und eventuell zwei seiner Collegen in einer Frage zu interpelliren, in welcher der Ministerpräsident eine Rolle spielt. Er sei nämlich in den Besitz von Daten gelangt, auf Grund deren er annehmen müsse, daß Tisza in gewissen staatlichen und Regierungshandlungen nicht so streng vorgegangen sei, wie ein Regierungschef vorzugehen verpflichtet sei. Der Fall bezieht sich auf die Biharer Bicinalbahnen, und es handelt sich um die Frage, ob Tisza sich selbst als Grundsitzer der Gegend einen gewissen Nutzen zu kommen ließ oder nicht. Redner schickte voraus, daß er sich der Voraussetzung nicht verschließen könne, daß ein geringer Theil seiner Daten vielleicht nicht ganz wahr ist (Bewegung rechts. Rufe: Wahrscheinlich! So ist es auch!), aber der größte Theil der Daten sei unzweifelhaft so begründet, daß er es für seine Pflicht hält, dem Ministerpräsidenten Gelegenheit zu geben, daß er dem Lande und in erster Reihe dem Hause aufklärungen ertheilen und dieselben beruhigen könne. Der Ministerpräsident beabs am linken Ufer der Röhr einen Privatbief, welchen er laut einem vom 22. Juli 1883 aus Geset datirten provisorischen Verkaufsvertrag um 200 000 Fl. verkaufte. Damals hat er gleich 25 000 Fl. behoben. Später kam der Bau einer Bicinalbahn am linken Ufer der Röhr zur Sprache. Der Ministerpräsident schloß am 11. März 1884 in Budapest einen neueren definitiven Vertrag, laut welchem der Kaufpreis 223 000 Fl. beträgt. Von diesen wurden 25 000 Fl. beim Zustandekommen des endgültigen Vertrages erlegt, 165 000 Fl. wurden bei der Bodencreditbank angewiesen; in Betreff der restlichen 23 000 Fl. aber wurde festgestellt, daß sie an Koloman Tisza blos dann eingezahlt werden sollen, wenn die Bicinalbahn am linken Röhr-Ufer gebaut und in Verkehr gebracht wird. Bis dahin würden die 23 000 Fl. zinsfrei intabulirt. Ein solcher Vertrag darf jeder Privatmann mit Recht schließen. Die Frage ist nur die, ob Tisza nicht als Ministerpräsident an dem Zustandekommen der Eisenbahn mitgewirkt habe und wenn ja, in welchem Maße? Im Jahre 1885 wurde ein Gesetzentwurf über den Bau der Biharer Bicinalbahnen vorgelegt; dieser Gesetzentwurf ist auch Gesetz geworden. In demselben wurde dem Communicationsminister die Ermächtigung er-

Nachdruck verboten.

Die Wanderungen eines Märchens.

I.

Raum wird sich darüber wundern, daß man in einer Zeit, wo Alles reist, auch sogar die Märchen wandern läßt. Nur daß diese Wanderungen in ferne Jahrhunderte zurückreichen, während die Entdeckung derselben allerdings eine ganz moderne Erfindung ist, auf welcher die vergleichende Litteraturgeschichte aufgebaut ist. Wir wissen nur, daß die Märchen, welche die Mutter dem Kinde in der Wiege erzählt, ihre Heimat in dem fernen Indien haben, wie wissen auch, daß der Romanstoff, den irgend ein bedeutender Dichter unserer Tage zu einer sehr pikanten Geschichte aus dem Leben der Residenz verarbeitet hat, seinen Ursprung gleichfalls im Lande Hindukusch habe und eine lange, mühevolle Wanderung zurücklegen mühte, ehe er aus dem Lande der Lotusblume und Bananenhaine über Persien, Arabien, Spanien und Italien in der Reichshauptstadt anlangte. Diese Wanderungen und Wandlungen zu erforschen, ist sicher von dem höchsten Interesse. Gelingt es, einen Stoff, ein Märchen, eine Erzählung bis zu ihrem Ursprung zu verfolgen, so gewinnt man einen freien Überblick über jene Weltliteratur, die die besten Geister jeder Zeit geahnt und die unsere Zeit endlich aufzubauen bemüht ist.

Ein solcher Stoff ist die Novelle von der treulosen Wittwe, ein echter und rechter Sittenroman, der aus fernen Jahrtausenden herruht und mit Dumas und Maupassant noch lange nicht abgeschlossen sein dürfte. Eduard Grisebach, der Sänger des „Neuen Tannhäuser“, hat es sich angelegen sein lassen, die Wanderungen dieser Novelle durch alle Litteraturen zu verfolgen und in einem sehr interessanten Buche zu schildern.*). An der Hand dieses vortrefflichen Reiseführers wollen wir uns in kurzen Umrissen die Wanderung veranschaulichen.

Natürlich gehen wir dabei zunächst zur Quelle des Stoffes zurück, die in Indien liegt. Zwar ist der Ursprung der Quelle selbst verschüttet, aber der kluge Forschungsreisende weiß doch durch mancherlei wissenschaftliche Beweise uns auf ihre Spur zu führen, die etwa in das vierte Jahrhundert v. Chr. zurückreitet. Unter den Legenden, welche sich auf die Gestalten des Stifters und der ersten Heiligen der hinesischen Tao-Sekte beziehen, existiert eine in zwei Versionen vor-

handene Geschichte, deren Held als einer der „zehn Weisen“ berühmt ist, eine Geschichte, deren Inhalt und Bedeutung klar auf buddhistische Quellen verweist. Es ist die folgende: „Der Schüler Lao-tsze's, Tschuang-söng, traf einst auf dem Kirchhof eine Frau, welche über einem frischen Grabe ihren Fächer ohne Unterlaß hin und her schwang. Befragt, sagte sie, ihr verstorbener Mann habe sie gebeten, nicht eher wieder zu heirathen, als bis die Erde seines Grabhügels trocken geworden sei. Sie suchte nun durch Fächer nachzuholen. Der Heilige ließ sich den Fächer geben, schwang ihn über den Hügel nach den Vorschriften der Tao-Lehre, und sofort wurde die Erde trocken. Mit dem ihm zum Andenken geschenkten Fächer kehrte er nach Hause zurück und erzählte die Geschichte seiner Frau Lian-schi. Diese zerbricht empört den Fächer und erklärt, es gäbe nur Wenige, die jenem gefühllosen Weibe glichen; sie selbst würde, wenn sie Wittwe werden sollte, es zitlebens bleibend. Tschuang bezweifelt es. Nach einiger Zeit wird er frank und stirbt. Lian-schi ist in aufrichtige Trauer versunken. Am siebenten Tage langt ein junger Prinz, früherer Schüler ihres Gatten an, von einem alten Diener begleitet. Sie trauern zusammen. Nach und nach verliebt sie sich in ihn und bietet ihm durch den Diener die Ehe an; nach langem Zögern seitens des Prinzen wird endlich der Hochzeitstag festgesetzt. Der Sarg des Todten wird nun aus der Prunkhalle in eine verfallene Hütte hinter dem Hause getragen. Am Hochzeitssabend fällt der junge Gatte plötzlich ohnmächtig zu Boden. Der Diener sagt, nur daß in Wein gekochte Mark aus dem Hirn eines Menschen, der noch nicht 49 Tage tot sei, könne ihn retten. Die Frau geht mit einem Beil an den Sarg ihres ersten Gemahls. Als sie aber ein Stück vom Deckel abgeschlagen, hört sie die Leiche seufzen, und alsbald erwacht Tschuang-söng zum Leben. Sie ist zuerst sehr erschrocken; als sie aber, mit ihrem Gemahl in das Wohnzimmer treten, weder den Prinzen noch den Diener erblickt, kehrt ihr Muth zurück, und sie weiß nun ihres Gemahls Fragen schlau zu beantworten und heuchtet große Freude über sein Wiederaufleben. Er thut anfangs, als glaubte er ihr, dann aber reckt er seinen Finger aus, und der Prinz und sein Diener treten plötzlich ins Zimmer. Da erkennst die Frau, daß ihr kein Ausweg blieb, sie reißt sich den gestickten Gürtel ab und erhängt sich. Tschuang-söng aber singt ein tiefsinniges pessimistisches Lied, sich mit der Flöte begleitend, dann zerschmettert er sie, legt Feuer an das Haus und wandert nach dem Westen und heirathet nicht mehr.“

Dies die älteste Fassung der Geschichte von der treulosen Wittwe, wie sie in China zu Hause. Die Klage über die Treulosigkeit des

Weibes, so alt wie das Weib selbst, hat also frisch auch ihre novellistische Gestaltung erhalten.

Gatte und Gattin sind fürwahr Vögel aus demselben Hause, Die da warten, bis der Tag dämmert, und alsdann fliegt jedes seinen Weg.“

so heißt es im Prolog zur hinesischen Novelle. Und was könnte ein moderner Epifer Anderes sagen?

Einen weiten Sprung macht nun die Geschichte von China nach Babylon, von den Brahminen zu den Rabbinen! Hier hat sie einen Zug erhalten, der ihr ursprünglich fremd war, der aber für die Psychologie der Novelle von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Ueber die Beziehungen zwischen den Indern und Juden hat Grisebach nichts Näheres beigebracht. Das Wenige, was darüber bekannt ist, scheint ihm entgangen zu sein. Und doch waren solche Beziehungen vorhanden. Ja, die Juden waren sogar die Vermittler zwischen den Indern und Arabern, wie später zwischen den Arabern und der christlichen Culturwelt. Ein großer Theil aller Fabeln, Märchen und Erzählungen ist durch sie in die neue Litteratur eingeführt worden. Bei der Erhaltung und Verbreitung der Kattab-wé-Dinnah sind sie in hervorragender Weise beteiligt. So ist es denn kein Wunder, wenn sie die indische Legende kennen und ihrem Sagenbuch einverleiben. Es ist gar kein Umweg über Persien dazu nothwendig. Die richtige Quelle der Sage im Talmud führt Grisebach nicht an, er citirt nach zuverlässigen Secundärquellen, wobei ihm freilich einige Ungenauigkeiten begegnen. So heißt der eine der Gewährsmänner nicht Rabbi Raishi, sondern Raishi ist nur im Hebräischen eine Abbreviatur für Rabbi Salomo Izchaki; auch das zweite dort citirte Wort ist nicht richtig angeführt: Es heißt „Schalschelet ha-Kafbalah“, d. i. Kette der Überlieferung. Aber was thut dies Alles, wenn die Geschichte richtig erzählt ist! Und das ist der Fall. Nur die buddhistische Phantasie fehlt, und statt ihrer hat der semitische Rationalismus die Sage in das Gebiet der Realität versetzt: der Chiemann stirbt nicht, sondern stiftet einen seiner Schüler an, die Frau in Versuchung zu bringen. Der Verlauf und der Schluß der Geschichte ist übrigens genau derselbe wie in der hinesischen Novelle.

Genau zu derselben Zeit, wo man sich in Babylon und Palästina diese Geschichte erzählte, im ersten nachchristlichen Jahrhundert, lebte in Rom der antike Zola, Petronius Arbiter, von dessen berüchtigtem Roman nur Bruchstücke auf uns gekommen sind. Und in diesen Bruchstücken findet sich auch merkwürdiger Weise unsere Novelle, allerdings schon in eigentümlicher Umgestaltung und des Gewandes

heft zum Ausbau der linken Großerwerbe-Ermihalysalva und Großerwerbe-Kot die Concession zu ertheilen. Letztere Linie ist diejenige, welche die Bahn am linken Körös-Ufer heißt. Die Concession wurde an die Unternehmung Paul Moritz, Kohner und Brühl ertheilt. In der Concessionsurkunde wurden die Baukosten mit 3 Millionen Gulden festgestellt. Ungefähr zwei Fünftel dieses Capitals sollten Stamm-Aktionen bilden. Wie ist nun für das Baucapital vorgesorgt worden? Der Staat hat der Unternehmung eine besondere Subvention im Betrage von 300 000 Gulden gegeben, eine Subvention, wie sie noch keine Vicinalbahn bekommen hat. Als Pauschale für die Postbeförderung erhielt die Unternehmung 2213 Fl. per Kilometer, dies macht bei der Gesamtlänge von 145 Kilometer einen Betrag von 393 385 Fl. Das Biharer Comitat vollzog eine Subvention von 700 000 Fl. und die Regierung genehmigte den betreffenden Beschluss des Comitats-Municipiums. Dies sind die direkten Wohlthaten, welche der Unternehmung zugewendet wurden. Sie genug aber auch indirecte Wohlthaten, die ohne Beispiel sind. So wurde sie der Verpflichtung entzogen, die Verkehrsmittel zu beschaffen. Der Staat selbst übernahm diese Verpflichtung, welche einen Werth von 300 000 Fl. repräsentiert. Es wurde festgestellt, der Staat werde hierfür Stamm-Aktionen erhalten, das Biharer Comitat jedoch bekam nichts. Wenn die Sache sich wirklich so verhält, dann ist diese Bahn in der Weise geprägt, daß die Interessenten gar keine Last auf sich nahmen, sondern nur der Staat und das Biharer Comitat. Wohl sind an 200 000 Fl. von den Interessenten subskribiert worden, aber 90 p.c. der Kosten fallen dem Staate und dem Comitate zur Last. Die Eisenbahn wurde im Jahre 1887 eröffnet und nach Gründung derselben erhielt der Ministerpräsident Tisza jene 23 000 Fl. sofort ausbezahlt. Redner schließt mit der Erklärung, mit der er begonnen, daß nämlich ein Minister wohl auch Unternehmer sein, jedoch niemals seine Stellung zu seinem privaten Vorteil ausnützen dürfe. Er verliest folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten, eventuell an den Communicationsminister und an den Minister des Innern: 1) Hat der Herr Ministerpräsident als Minister des Innern direct oder indirect an jenen Ministeraths-Berathungen und an jenem Beschlüsse teilgenommen, durch welchen der Gesetzartikel XVIII vom Jahre 1885 beschlossen, beziehungsweise die Concession der Eisenbahn Großerwerbein-Pusztia-Kot unter den Staat so außerordentlich belastenden Opfern dem Abgeordneten Paul Moritz und den Herren Unternehmern Adolph Kohner und Söhne und Heinrich Brühl und Söhne ausgefolgt wurde? — 2) Hat der Herr Ministerpräsident als Minister des Innern direct oder indirect Tisza darum eine Last von 700 000 Fl. mit Genehmigung der Regierung auf sich nehme, ohne dafür auch nur Stamm-Aktionen zu erhalten? — 3) Hat der Herr Ministerpräsident als ehemaliger Gutsbesitzer nicht 23 000 Fl. unter der rechtlichen Bedingung erhalten, daß die Eisenbahn Großerwerbein-Pusztia links Ufer der Körös confectioniert und dem Verkehr übergeben werde? — 4) Ist der Herr Ministerpräsident, event. fnd die Herren Communicationsminister und der Minister des Innern geneigt, sämtliche auf diese Angelegenheit bezügliche Aktionen auf den Tisch des Hauses niederzulegen? (Lebhafte Zustimmung links und auf der äußersten Linken.) — Der Ministerpräsident Tisza erklärte, daß diese Vicinalbahn 129 Kilometer ausmache und daß die Strecke Großerwerbe-Ermihalysalva eine Subvention von 300 000 Fl. erhielt, weil hierdurch die Legung eines zweiten Geleises auf der Strecke Püspökladany-Debreczin überflüssig wurde. Durch Belastung des Comitats sei er als Grundbesitzer des Comitats mitbelastet, als Minister habe er im Ministerium bei dem Beschlüsse bezüglich dieser Bahn die größte Scrupulösität belandet und er habe ein Geleis einbringen lassen, obgleich dies nicht notwendig gewesen sei. Der Güterverkaufsvortrag sei public gewesen, eine Insinuation, wie sie der Abg. Götvös behauptet, müsse er daher zurückweisen. Minister Barók ist tief entrüstet darüber, daß er sich da äußern müsse. Jedes Wort zur Entlastung des Ministerpräsidenten wäre eine Beleidigung Tiszas. Eine derartige Verdächtigung sei hier noch nicht vorgekommen, er könne nur bestätigen, was der Ministerpräsident gesagt habe. Wenn dem Hause die bezüglichen Schriften vorgelegt werden, werde es sich von der Wahrheit überzeugen können. — Götvös führt aus, er habe nicht verdächtigen wollen; solche Sachen müssen ins Reine gebracht werden. Keine Vicinalbahn erhält solche Begünstigungen. 23 000 Fl. seien zwar in Betracht einer so großen Summe und der Verhältnisse Tiszas nicht viel, aber formell hätte der selbe doch Unrecht, an einer Sache als Minister teilzunehmen, bei welcher er als Privatmann interessiert ist. Da Tisza also formell incorrect gehandelt, nehme er dessen Antwort nicht zur Kenntnis. — Tisza und Barók gaben sodann sachliche Aufklärungen. Letzterer weist Götvös unter ungeheuerer Heiterkeit nach, daß er diesmal mit seiner Anschuldigung gründlich aufgesessen sei. — Schließlich nahm das Hause die Antworten der beiden Minister zur Kenntnis, auch die gemäßigte Opposition und ein Theil der äußersten Linken stimmten für die Kenntnisnahme. — Unter allgemeiner Bewegung erhebt sich hierauf Graf Pálfi Karolyi, um zu erklären, daß solche Verdächtigungen nicht erlaubt seien gegenüber einem Mannen, an dessen Namen kein Verdacht heranreicht. Redner ist überzeugt davon, daß er die größte Partei im Lande hätte, wenn er die Frage stelle, ob Coloman Tisza ein Chremann sei. Das würde Jedermann bejahend beantworten. Das Haus sollt es aber als Beschluss aussprechen, daß solche Verdächtigungen nicht mehr vorkommen dürfen. Nun kam es zu einer Reihe wilder Szenen. Die Rechte wollte, daß der Präsident dies als Beschluss ausspreche, allein der Präsident erklärte, dies müsse schriftlich eingebrochen werden. Bis der Antrag eingebrochen wurde, war die Sitzung schon geschlossen. — Der Präsident eröffnete sie wieder, worauf Polonyi den Antrag aus formellen Gründen befürgte. — Ministerpräsident Tisza erklärte hierauf, daß er sich mit dem Umstand

begnüge, daß der Antrag eingebrochen und daß derselbe mit so ungethobtem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf ging das Haus um 3½ Uhr unter außerordentlicher Aufregung, die sich auch dem Publikum auf der Galerie und auf den Gassen mittheilte, auseinander.

Nach Schluss der Sitzung spielte sich sodann im Vestibule des Abgeordnetenhauses, wie bereits gemeldet, eine tumultuarische Scene ab, bei welcher der Abg. Rohonczy einen Studenten, der ihm eine Ohfeste gab, durch einen Pistolenstoß verwundete. Die „Boh.“ meldet darüber Folgendes:

Der junge Mann, auf den der Abg. Rohonczy im Vestibule des Abgeordnetenhauses geschossen hat, heißt Solomon Samošil, ist ein 19jähriger Student und Einjährig-Freimülliger. Sein Vater ist Ingenieur im Communications-Ministerium. Nach der Darstellung Samošils wäre er nach der Sitzung von der Extragalerie gekommen, wo mehrere Abgeordnete angeblich „Abzug Götvöss“ riefen und Herr Ivánka gesagt hätte: Nun könnet ihr Herrn Götvöss einen Fackelzug bringen. Darauf soll Samošil sich umgedreht und gesagt haben: Nein, denn Herr Tisza, aber mit Taschen! Samošil behauptet weiter, daß Ivánka ihn gefragt habe, ob er Journalist oder Student sei, daß ihn Rohonczy dann sofort gepackt und geschlagen hätte, worauf er diefe gezeigt habe. Zwischenwährend hätten sich auch die beiden Grafen Theodor und Julius Andrássy eingemengt und ihn gleichfalls thäglich insultiert. Letztere Behauptung ist nicht den Thatsachen entsprechend. Weiter erzählt der junge Samošil, daß Herr Rohonczy sich erst nachher durch das Gewühl einen Weg gebahnt und aus einem kleinen Floubert-Revolver auf ihn geschossen habe. Der junge Mann wurde garnicht verwundet, er litt nur eine kleine Contusion am Schenkel, welche im Zimmer des Quästors verblieben wurde. Sodann wurde er nach der Wohnung seiner Eltern gebracht, wo er sich gegenwärtig ganz wohl befindet. Präsident Pechy unterzog Samošil einem Berhore, offenbar um auf eventuelle Interpellationen in der morgigen Sitzung Rede stehen zu können. In Studentenkreisen herrscht große Erregung und es ist wahrscheinlich, daß die Affaire eine stürmische Fortsetzung erhält.

Großbritannien.

London, 18. März. [Generalanwalt Webster.] Generalanwalt Sir Richard Webster hat, wie von den verschiedensten Seiten berichtet wird, sein Amt herlich füllt. Die leichten Angriffe auf ihn, welche das bisherige Resultat der Parnell-Untersuchung zur Folge hatte, sollen ihn in seinem Enschluss, seinen Posten niedergelegen, nur noch bestätigt haben. In der That soll er bereits Lord Salisbury seine Demission eingehändigt haben, welche dieser aber nicht annahm. — In der gegen seitigen Benennung bei den Verhandlungen im Hause der Lords soll eine Änderung stattfinden. Bisher war es üblich gewesen, daß ein Pair, wenn er sich auf einen Vorredner bezog, denselben etwa bezeichnete, „der edle Herzog gegenüber“ oder „der edle Marquis auf den Querbänken“, oder „der edle Earl, welcher auf der dritten Bank hinter der Regierung sitzt“. Jetzt soll direkte Namensnennung gestattet sein ohne solche Umschreibungen und es wird diese Reform wohl auch im Unterhause zur Einführung gelangen, so daß Gladstone nicht mehr das ehrenwerte Mitglied für Mid-Lothian und Lord Hartington als der edle Lord, das Mitglied für Rossendale, genannt zu werden braucht.

Rußland.

[Ein interessanter Prozeß] wird vor dem Moskauer Militärgericht verhandelt. Das „Berl. Tgbl.“ meldet hierüber: Oberstleutnant Todorow, der Geschäftsführer der Kasernen-Baucommission, wurde von dem Präsidenten der Baucommission, Generalmajor Hahn, der zugleich Commandeur einer Cavallerie-Brigade ist, wegen Verlehung der Dienstpflicht angeklagt. Der Angeklagte behauptet nun, die angebliche Verlehung der Dienstpflicht sei auf folgendes, im Sommer 1887 stattgehabte Privatgespräch zurückzuführen: Er (Todorow) habe damals dem General Hahn gegenüber eine respectividige Auseinandersetzung über den Fürsten Bismarck gehabt, und der General ihn darauf angefahren: „Wie unterscheiden Sie sich, so frisch zu mir zu sprechen? Sie wissen doch, daß ich ein Deutscher bin!“ Von da an habe ihn Hahn privatly wie im Dienst wiederholt beleidigt. So berichtet die „Moskauer Zeitung“ angeblich aus der Anklageakte. Die „Nowoje Wremja“ bespricht gleichfalls die Affaire und sagt hinzufügung: „Der Einprud des Generals Hahn wäre gewiß lobenswert, wenn der General eine deutsche Cavallerie-Brigade kommandierte. Unter den obwaltenden Umständen aber erscheint sie rätselhaft. Anders als die „Moskauer Zeitung“ stellt nun freilich der Präsident des Moskauer Militärgerichts den Sachverhalt dar. Derselbe erklärte, daß in dem obschwügenden Prozeß das fragliche Gespräch über den Fürsten Bismarck für die Anklage gänzlich bedeutungslos sei. Die von der „Moskauer Zeitung“ gegebene, von dem Oberstleutnant Todorow herrührende Darlegung der Motive für die Erhebung der Anklage sei unrichtig. General Hahn habe vielmehr von Todorow eine strengere Erfüllung seiner Dienstpflichten verlangt und denselben ferner erachtet, Rechenschaft über erhaltene Vorschläge abzulegen, was Todorow verweigerte.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 20. März.

In den Meldungen der hiesigen Blätter über ein polizeiliches Verbot des sog. Latein- oder Sommersonntag-Singens war mitgetheilt, daß sich das Verbot auf die § 360 Ziffer 11 und § 361 Ziffer 4 des Reichsstrafgesetzbuches stützen soll. In Ziffer 11 des § 360 heißt es: Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, „wer ungebührlicherweise ruhestörende Lärm erzeugt oder wer groben Unzug verübt“. Die Berufung auf diesen Paragraphen scheint uns nicht ohne Weiteres auf das Sommersonntag-Singen anwendbar. So lange die Kinder ruhig durch die Straßen ziehen, kann von einem ungebührlicherweise erzeugten ruhestörenden Lärm nicht gesprochen werden. Wenn sie in den Häusern singen, so kann auch dies nicht schlechtweg als ungebührlicher ruhestörender Lärm angesehen werden; ob eine Jahrhunderte alte, bisher polizeilich nicht beanstandete Sitte von den Gerichten plötzlich als „grober Unzug“ betrachtet werden würde, bliebe abzuwarten. Mit mehr Recht scheint der Absatz 4 des § 361 anwendbar, durch welchen mit Haft bedroht wird, „wer bettet oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt, oder Personen, welche seiner Gewalt und Aussicht untergeben sind und zu seiner Haushaltung gehörten, vom Betteln abzuhalten unterläßt.“ Wir können indes heute mittheilen, daß, so wenig wie in früheren Jahren, so wenig in diesem Jahre gegen die alte Sitte des Sommersonntag-Singens seitens unserer Polizei eingeschritten werden wird. In Folge der Nachrichten von einer in Betreff des Latarensingens gegebenen Verordnung des Polizeipräsidiums haben nämlich im Laufe des heutigen Tages als Mitglieder der Pfefferküchler- und Conditoren-Zunftung die Herren August, Nikolaus und Woywode bei Herrn Polizeirath Zucker über das angebliche Verbot Erkundigungen eingezogen, und haben aus dessen Mund gehört, daß ein Verbot in dem angebauten Sinne neuerdings nicht erlassen worden sei. Der der Zunftung nicht angehörige Pfefferküchler Hirsch hat auf persönliche Anfrage bei Herrn Polizei-Präsidenten Freiherrn von Uslar-Gleichen eine gleiche Auskunft erhalten mit dem Bemerk, daß seitens des Präsidiums auch nicht beachtigt werde, eine Verordnung in dem gedachten Sinne zu erlassen. Wer mit den Breslauer Verhältnissen und mit der Bedeutung des Sommersonntag-Singens für die Breslauer Pfefferküchlerbranche bekannt ist, dem werden wir nichts Neues sagen, wenn wir mittheilen, daß sich der Schaden, der den betreffenden Gewerbetreibenden aus einem rigorosen Verbot der alteingesetzten Sitte erwachsen würde, auf viele Tausende belaufen würde. Alle die jetzt aufgestapelten Vorräte von „Mehlweisschen“, wie sie am Latarensonntag in ungezählten Exemplaren zur Vertheilung an die Kinder der ärmeren Volkschichten gelangen, würden „ihren Verlust verfehlten haben“.

— Vom Vorstand der Deutschen Akadem. Vereinigung geht uns mit der Bitte um Aufnahme folgender Artikel zu mit der Überschrift „Die Schulreformfrage an der Hand der geschichtlichen Entwicklung“: In der Deutschen Akademischen Vereinigung (Ortsgruppe Berlin) hielt Professor Dr. Schwabe einen Vortrag über Schulreform, in dem er vor allem die geschichtliche Entwicklung derselben darlegte und den Standpunkt begründete, daß zuerst die Rechtigung und Beschränkung der Realgymnasien und Oberrealschulen aufgehoben werden müsse, damit die innere Reform der Schulen ermöglicht würde. An der Hand früherer Stundenpläne wurde die Einrichtung der höheren Schulen im vorigen Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des jetzigen dargelegt. Gymnasien (von den sogenannten Fürstenschulen abgehen) mit festem Stundenplan und normirten Lehrgegenständen gab es damals nicht. Die Latein- und Stadtschulen umfassen oft drei Stufen, die Elementarschule, Bürgerschule und Lateinschule, welche letztere die zwei oder drei oberen Klassen bildete; in dieser wurde Lateinisch gelehrt, Griechisch aber sehr häufig nicht (wo es geschah, meist nur in dem Umfang von 2 bis 4 Stunden), und zwar nach einer Methode, die ein Schreiben und Sprechen der Sprache herbeiführen sollte. Daneben hatten die Stundenpläne alle möglichen Gegenstände und Fächer, welche gerade von Wichtigkeit schienen, berücksichtigt. Da alle Schulen zur Universität entlassen konnten, paßten sich die Schulen vielfach den Forderungen des Lebens an. Zugleich konnte dabei die Richtung des realen Unterrichts sich entwickeln; daß die klassischen Sprachen besonders bildende Kraft besaßen, wurde nicht beansprucht; Aerzte und Beamte verstanden

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

der Naivität entkleidet, das sie auf den Fluren des Ganges wie an den Ufern des Jordan noch getragen. Wo aber die Naivität bei diesem hellen Stoffe fehlt, da tritt naturgemäß die Frivolität an deren Stelle. Aus dem Märchen ist ein Wachsthubenabenteuer geworden, dessen Darstellung bei Petronius freilich ein kleines Meisterwerk ist. Hören wir, welche Gestalt die Erzählung in der Weltstadt der Cäsaren angenommen: „Eine Matrone in Ephesus wollte sich über den Tod ihres Gemahls gar nicht trösten lassen und aufzudenken geben. Weder ihre Verwandten, noch die Obrigkeit konnten sie von dem Entschluß abbringen, an der Leiche ihres Mannes durch Verhungern den Tod zu suchen. Fünf Tage schon brachte sie, nur von einer treuen Magd begleitet, im Grabgewölbe zu. Nicht weit davon war ein Hochgericht, und der Gouverneur der Provinz hatte daselbst Räuber ans Kreuz schlagen lassen, die ein Soldat bewachte. Als dieser Licht durch einen Spalt des Grabgewölbes erblickte und darin leujzen hörte, kam er neugierig heran und erfuhr bald, was sich zutrug. Eilig brachte er Speise und Trank herbei und suchte die Trauernde zu trösten. Aber sie will nicht hören, und erst als die Magd, durch den Duft des Weines verführt, getrunken und gegessen, überredet sie auch die Herrin. Im Nebrigen verließ sie die Witwe sehr rasch in den Krieger. Nach drei glücklichen Nächten bemerkte der Soldat plötzlich, daß der Leichnam des einen Gefreutigen von den Verwandten geraubt sei. Er beschließt, das Urtheil des Richters, das ihn wegen seiner Pflichtvergessenheit treffen muß, nicht abzuwarten, sondern sich selbst zu töten. Die Witwe aber verhindert den Selbstmord: — „das wollen die Götter nicht, daß ich zu gleicher Zeit den Tod der beiden, mir auf Erden liebsten Menschen erlebe. Lieber will ich den Körper des toten Gatten an das Kreuz hängen, als den lebenden dem Tode in die Arme treiben. Und der Soldat folgte dem Rath der klugen der Frauen.“

Soweit die Erzählung des altromischen Romanchriftstellers, die einen Epilog von außerordentlicher Feinheit hat, in welchem die Wirkung der Geschichte, die der Dichter auf einem nach Tarent fahrenden Schiffe zum Besten giebt, auf die versammelten Zuhörer dargestellt wird. Während nämlich die rohen Schiffer lachen, wird die Buhlerin Tryphaena nicht wenig rot und verbirgt ihr Gesicht. Eichas aber, der Schiffscapitän, sagt: Wenn der Kaiser gerecht gewesen wäre, so hätte er den Körper des pater familias in das Grabmal zurückgebracht, das Weib aber an das Kreuz schlagen lassen.

Man muß gestehen, daß die Novelle das, was sie auf ihrer weiten Wanderung an sittlicher Grazie und tragischer Verliebung eingebracht,

an realistischer Naturwahrheit wieder gewonnen hat. Die Moral ist übrigens dieselbe, denn in Peking wie in Rom wird die verliebte Witwe das gleiche Ratsonnement angestellt haben: „Was nützt den Todten ihr Körper? Kann ein Lebender dadurch gerettet werden, dann spalte dem Todten die Hirnhäle oder hänge ihn getrost an den Galgen!“

Petronius war römischer Proconsul in Kleinasien, und dort hat er die Geschichte sicher gehört, die er deshalb nach Ephesus verlegt. Sie gehört zuverlässig zu jenen verloren gegangenen milesischen Märchen, die die kleinasienischen Küstenstädte über Persien aus Indien bezogen. Unter diesen mag sie ihrer ethischen Bedeutung wegen einer besonders tiefen Eindruck gemacht haben, dessen sich selbst der römische Weltmann nicht erwehren konnte. Die Art und Weise aber, mit der er die Geschichte wiedererzählt, ist charakteristisch für ihn wie für seine Zeit, für jenes Rom, wo die Novelle von der Matrone zu Ephesus „an den schwelgerischen Tafeln des Kaisers in später classisch gewordener Prosa recitirt und ihre Figuren, in Marmor verwandelt, als ewiges Kunstwerk an den Wänden seines Lieblingspalastes aufgehängt wurden.“

Gustav Karpeles.

Aus Lichtenberg's Gemälde-Ausstellung.

Die mehr als hundert Aquarellen von der Hand eines Hamburger Künstlers, der freilich, wie so viele seiner Genossen aus den verschiedensten Gegenden des Deutschen Reiches, seinen Wohnsitz nach München verlegt hat, wo die Anregungen zum künstlerischen Schaffen reichlich fließen, sind ein vollgültiger Beweis für die hervorragende Beanlagung, die vor treffliche Beobachtungsgabe und die technische Meisterschaft ihres Urhebers, Hans Bartels, geb. 1856 in Hamburg, gehört zu denjenigen jüngeren Künstlern, die durch goldene Medaillen, Ehrendiplome etc. vor dem Gross der Mistrebenden in ehrenvoller Weise ausgezeichnet sind. Wenn die offiziellen Beglaubigungen seines Talents sich zum Theil auch auf die künstlerischen Qualitäten der in der Lichtenberg'schen Ausstellung vereinigten Sammlung von Aquarellen beziehen, so finden wir, wie wir gern bekennen, die dem Künstler überfahrene Ermutigung zu weiterem Schaffen durchaus gerechtfertigt. So verschiedenartig die Motive der einzelnen Blätter seien, so interessant ist jedes derselben und so ansprechend sind sie durchweg behandelt. Des Künstlers Studienreisen nach Italien haben eine bunte, wechselnde Fülle von architektonischen Ansichten, von landschaftlichen Vorwürfen, von Marinebildern, von volksbelebten Straßenscenen, von Interieurs, von

Durch- und Fernblicken gezeitigt, bei welchen allen der Charakter der italienischen Landschaft, der italienischen Architekturen und des italienischen Volkstypus in überaus slottem, farbenfrohem Vortrage wiedergegeben ist. Die willkürliche Anordnung der Blätter in der Ausstellung möchten wir, während andere vielleicht an einer chronologischen Folge oder an einer Sichtung nach geographischen Rücksichten mehr Gefallen finden würden, in diesem besonderen Falle gerade für eine glückliche halten. Der Wechsel der Scenarien erhöht den Reiz der Ausstellung nicht wenig, und es tritt bei ihm die Eigenart jeder einzelnen Landschaft aus der Wirkung des Contrastes heraus in gesteigertem Grade zu Tage. Nicht nur folgen wir dem Künstler im Bicke auf Pegli nach Capri, von Capri nach Chioggia, von Chioggia nach Verona, nach Venezia, Perici und der Isola bella im Lago Maggiore, sondern plötzlich sehen wir uns nach Holstein und von da im Handumdrehen nach Rügen, von hier wieder in fühligen Überspringen weiter Entfernung nach Preußen versezt, wo die imposante Architektur der Marienburg dem Künstler den Stoff zu einigen interessanten Bildern gegeben. Überall fesselt er uns durch die dem jedesmaligen Charakter der Landschaft gerecht werdende Darstellung seines Gegenstandes. Blätter von ganz besonderem Reiz, theils durch die Schönheit des Motivs, theils durch die Frische der Farbengebung, theils durch die virtuos durchgeföhrte Beleuchtung sind u. a. der Canale grande in Venezia, eine Aussicht auf die Kirche Santa Maria della Salute, die vielfach dargestellte Piazza d'Arte in Verona, ein idyllischer Ausschnitt aus dem Park der Villa Pallavicini, ein Straßenzug aus Bozen, ein Motiv aus Börnest in Holstein, eine preußische Flachlandschaft. Ein Prachtstück der Aquarellmalerei, das die technische Meisterschaft des Künstlers als auf ihrer vollen Höhe stehend kennzeichnet, ist die „Karolofflerine auf Rügen“, ein sehr anziehendes Motiv. Es eröffnet den Blick auf eine Bucht des ruhig daliegenden Meeres, das von dem falschen Licht der untergehenden Sonne beschienen wird. Am Strand sind ein paar niedrige, strohgedeckte Hütten, über welche sich die Dämmerung, beschleunigt durch die trübe Stimmung der Atmosphäre, herniedergesunken. Die Aquarellarbeiten haben hier unter Zuhilfenahme von Deckfarben eine coloristische Kraft gewonnen, wie sie uns bei den Blättern dieser Art nicht häufig begegnet. — Von den neuern Werken, die auf die Ausstellung gelangt sind, erwähnen wir ein geistvoll durchgeföhrtes Portrait einer Dame (Pastellmalerei) und ein sich mit kräftigem, herzeradem Vortrage gebendes Portrait eines Herrn (in Öl), beide von Professor B. Schobert hieselbst, der durch diese Bilder von Neuem den Beweis erbringt, daß das Lehrfach für die Porträtmalerei an unserer Kunsthochschule in seinen Händen außerordentlich gut aufgehoben ist. K. V.

Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken und Teppiche.

Nur vortheilhafteste Erzeugnisse der deutschen Industrie.

Englische Tüll-Gardinen

in den neuesten und geschmackvollsten Dessins, in weiß und crème am Lager, jeder Flügel 3 Mtr., 3,20 Mtr. oder 3,65 Mtr. lang, Fenster 2,50, 2,80, 3,00, 3,25, 3,50, 4,00 Mtr., Fenster 4,50, 4,75, 5,50, 6,00, 6,50, 7,25 Mtr., Fenster 7,50, 8,00, 9,00, 9,25 bis 12,00 Mtr.

Spachtel-Gardinen,

nur in crème am Lager, jeder Flügel 3,65 Mtr. lang, Fenster 42,00 Mtr.

Englische Tüll-Lambrequins,

108 bis 160 Ctm. breit, nur in weiß vorrätig, Stück 0,65, 1,00, 1,20 und 1,50 Mtr.

Congress-Stoffe,

110 Ctm. breit, in weiß und crème, glatt und gemustert, in großer Auswahl am Lager, Meter 0,45, 0,60, 0,90, 1,10, 1,30 und 1,40 Mtr.

Gardinen-Halter

(Posamenterie-Arbeit), Paar 30 Pf. bis 3,00 Mtr.

Einsfarbige Möbel-Rippe, Granits, Crêpes u. c.

128-130 Ctm. breit, Meter 1,50, 1,60, 2,00, 2,40 bis 5,00 Mtr.

Fantastie-Stoffe,

128-130 Ctm. breit, in enormer Auswahl vom einfachsten bis hochelegansten Genre, in jeder Preislage, Meter 1,50, 1,80, 2,00, 2,20, 2,40, 2,60 Mtr., Meter 2,80, 3,00, 3,25, 3,50 bis 8,00 Mtr.

Manilla-Stoffe für Portieren,

Bedruckt Manilla-Stoff, 98-100 Ctm. breit, Meter 35, 45 und 60 Pf.

Manilla-Stoff, 98-100 Ctm. breit, in effectvollen gewebten Mustern, Meter 0,85, 1,20, 1,35, 1,60 Mtr.

Möbel-Plüsche,

58-60 Ctm. breit, in grossem Farbensortiment, Glatt Leinen-Plüsche, Meter 2,80 Mtr., Glatt Woll-Plüsche, Meter 4,50 und 6,00 Mtr.

Bedruckte Möbel-Cattune,

Croissés, Crêpes u. c.,

Meter 40 Pf. bis 1,50 Mtr.

Täglich Eingang von Neuheiten!

Tischdecken.

Tinte- und Manilla-Decken, Stück 1,30, 1,40, 2,25 bis 3,00 Mtr.

Fantastie-Tischdecken

in allen nur denkbaren Farbenstellungen, zu jeder Einrichtung passend, Stück 3,00 bis 20,00 Mtr.

Rippe- und Crêpedekken

mit eleganten Gobelins-Kanten, Stück 4,80 bis 10,00 Mtr.

Teppiche

in den modernsten und apartesten Mustern in jeder Größe vorrätig.

Holländer Teppiche mit Fransen, 130 × 190 Cm. groß, Stück 2,75 Mtr.

Germania-Teppiche mit Fransen, 135 × 200 Cm. groß, Stück 5,75 Mtr.

Nordpol-Teppiche mit Fransen, 135 × 200 Cm. groß, Stück 7,50 Mtr.

Anderer Größen im Verhältnis!

Große Auswahl in Tapestry-, Plüsche-, Brüssel-, Tournay-, Export-Velvet, Agminster und Smyrna-Teppichen.

Bett- und Pult-Borlagen,

zu vorstehenden Teppichen passend, Stück von 75 Pf. an.

[3579]

Benno Schenk, Breslau, Neumarkt Nr. 9.

Praktischste Neuheit.

Wasserdichte

Tisch-, Commoden- und Tablett-Decken

in grösster Auswahl

empfiehlt allen Haushaltungen und Restaurants zu den billigsten Preisen

L. Freund jr.,

Junkernstraße 4.

Altestes Special-Geschäft

für Wachstuch-Artikel.

Zeitschriften, wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Moden-Blätter, sowie Lieferungswerke

sendet für Breslau ohne Preiserhöhung ins Haus die Buchhandlung von

P. Schweitzer

Neue Schweidnitzerstr. 3 (Kronen-Apotheke).

Ausführliche Vorzeichnisse, auch für Confections-Geschäfte und Modistinnen, kosten- u. postfrei.

Baumfuchen für M. 5,- franco von bestannter vorzüglichster Güte.

Paul Lange, Conditor, Bischofswerda i. S.

Blech-Closets mit pol. Holzrand, dopp. Wasserverschluss und Einsatzeimer, Zinkblech 9,00 Mk. fein lackiert 10,50 Mk.

Water-Closets mit Porzellan-Becken u. selbstthärtiger Spülung, lackiert 35,00 Mk. erler dunkel polirt 39,00 " echt mahagoni oder nussbaum 44,00 "

Polirte Streu-Closets, 50 Mk. Desinfections-Pulver hierzu billigst.

Herz & Ehrlich, Breslau. Preislisten auf Wunsch gratis und franco. [3585]

Wie neu!

wedder Kronleuchter, Girandoles, Hänges., Tisch- u. Wandlampen auf-bronziert. R. Amandi, Schweidnitzer- u. Carlsstrafen-Ecke.

Extrafeines

Veilchen-Pulver, San Fornarina und San Remo, zum Parfümiren von Kleidern und Wäsche. Sehr lange nachhaltend. Fr. Kuhn, Nürnberg. Hier nur bei E. Gross, Neumarkt 42. [1339]

Ca. 70 Tausend

Abonnenten.



Probe-Nummern

gratis und franco.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

nebst seinen wertvollen 4 Separat-Beiblättern:

Illustriertes Blatt „ULIK“, belletristisches Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“, feuilletonist. Beiblatt „Der Geistgeist“, Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft.

Durch seinen reichhaltigen, gebiegenen Inhalt hat sich das „Berliner Tageblatt“ die besondere Kunst der [1365]

gebildeten Gesellschaftskreise

erworben. In Folge seines ausgedehnten Leserkreises in Deutschland und im Auslande ist das „Berliner Tageblatt“ die am Weisten verbreitete

große deutsche Zeitung

geworden; das „Berliner Tageblatt“ entspricht aber auch allen Anforderungen, welche man an eine solche zu stellen berechtigt ist, in vollem Maße.

In den Theaterfeuilletons von Dr. Paul Lindau

werden die Aufführungen der bedeutenden Berliner Theater einer eingehenden Beurtheilung gewürdig, während in dem täglichen Feuilleton die Original-Romane der hervorragendsten Autoren Aufnahme finden, so erscheint im nächsten Quartal ein neuer spannender Roman der beliebten Schriftstellerin

E. Vely unter dem Titel: „Masaria“.

Man abonnirt auf das täglich 2 mal in einer Abend- und Morgenausgabe erscheinende „Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung“ nebst seinen 4 Separat-Beiblättern bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches für alle 5 Blätter zusammen für 5 M. 25 Pf. vierteljährlich.

Bum großen Aufräumen empf. Spinnenbesen, Plafondpinsel, Bohnerbürsten, Ofenwaschbürsten, Rohhaarkehrbesen, Parquetwischer in Wolle u. c. Wilh. Ermler, Kgl. Hofliefer., Schweidnitzer-Str. 5.

Gratisproben
gerne zu Diensten.

SANSINSKI

in Original-
Packeten von 1/2,
1/4, 1/3, 1/5 Pf.

1 Pf. No. 3 kostet 2 M. 90 Pf.

1 Pf. No. 2 kostet 3 M. 25 Pf.

1 Pf. No. 1 kostet 3 M. 60 Pf.

1 Pf. No. 0 kostet 4 M.

Allein-Verkauf für Breslau bei Jadem Packet liegt ein Bon bei.

Nach Entnahme von 5 Pf. gegen Rückgabe der Bons 1/2 Pf. gratis.

B. HIPAUER Honigkuchen- und Chocoladen-Fabrik.

Oderstrasse 28 und Schweidnitzerstr. 27.

T H E E

T H E E

Gardinenspannrahmen zusammenlegbar, neuester Construction, sowie Küchen-Möbel, Steigeleitern, Treppenführte empfiehlt billigst [4650]

Carl Feist,

Lange Holzgasse Nr. 2.

Holzdrehbänke!

Bandsägen, Fraisemaschinen, Ovalwerke z. zum Fuß- u. Maschinennbetrieb, sowie jeden einzelnen Theil dazu fertigt in bester Arbeit Aug. Burkhardt, Breslau, Basteigasse 5.

Große Auswahl von [4428]

Möbel, Spiegel

u. selbstgefertigten Polsterwaren unter Garantie u. billigen Preisen bei

M. Beye, Tapizerie,

Kenschestr. 38, dicht am Königsplatz.

Ein mod. Stuhlfügel, Rügg., ist bill. zu verk. Enderstr. 24, III., geradeein.

Berlin

SW. Königgrätzer-Str. 107.

Möbelfabriken

mit Dampfbetrieb

und 300 Arbeitern.

Illustrirte Preis-

liston gratis und

franco.

Hamburg

Neuer Wall 84.

E. Langer,

Hoflieferant

Prämiert auf

fünf Ausstellungen.

Silberne und

bronze Staats-

medaille.

Schweidnitz

Friedrichstr. 4.

Möbel

Decora-

tionen u.

ganze Wohnungs-

Einrichtungen unter

Garantie reeller und ge-

diengenster Ausführung zu

billigsten soliden Preisen.

Lilium auratum,

„Die Königin der Lilien“.

Meine Importationen sind bei mildem Wetter in bestem Zustande eingetroffen und offeriere ich gesunde und blühbare japanesische Original-Zwiebeln zum Preise von 50 Pf., 60 Pf., 75 Pf. und 1,00 Mk., einige extra starke zu 1,50 Mk. Bei grösseren Posten entsprechende Preisermässigung.

Cultur-Anweisung wird jedem Auftrage beigegeben.

H. Dammann jr.,

Breslau, Catharinenstr. 7.

Telephon No. 571.

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

vielfach das Griechische nicht. Erst im Anfang des Jahrhunderts, 1816, wurden Normal-Stundenpläne gegeben, nachdem durch Einführung eines Entlassungs-Exams in bestimmten Gegenständen die ersten Schritte zur Beschränkung der vollen freien Entwicklung geschehen waren. Aber auch nach diesem ersten Plane, in dem u. A. das Deutsche bedeutend mehr berücksichtigt war als heute, konnte vom Griechischen vielfach dissenziert werden; die Zulassung zu den Universitäten in den Berufsfächern, auf die sie vorbereitet waren, war außerdem durch ein sehr leichtes Exam an der Universität selbst möglich. — Die Gymnasien nahmen zunächst den Anspruch der früheren Schulen, für alle Berufe vorzubereiten, auch mit in die starre Organisation hinein, und es wurde nun den alten Sprachen die Fähigkeit zugeschoben, zu allem geschickt und tüchtig zu machen. Diesen Anspruch musste man aber den Entwicklungen der Zeit gegenüber fallen lassen und verlangte, daß die Gymnasien die alleinige Vorbildungsstätte für die sogenannten gelehrten Berufe wären und blieben, mit der unbewiesenen Behauptung, daß keine andere auf irgend welche anderen Fächer gegründete Vorbildung dieselbe Tüchtigkeit zu geben vermöchte, indem man noch den Hochmuth hatte, für die gymnasiale Bildung allein die Pflege aller idealen Anschauungen in Anspruch zu nehmen. Als die Gymnasialreform 1834 abgeschlossen war, mußte, da sie für viele Berufsfächer unzweckmäßig vorbereitet, mit der Gründung neuer Anstalten vorgegangen werden, der Stadtschulen, Realschulen, Gewerbeschulen (einschließlich der technischen Hochschulen). Auch sie konnten den Anspruch erheben, allgemein wie die Gymnasien, und für den Beruf vorzubilden und mußten daher völlige Gleichstellung erstreben. Die Gymnasiallehrpläne wurden 1856 noch einseitiger auf philologische Richtung hin reformiert, erst 1882 hat wieder eine Annäherung an den ersten Plan stattgefunden. Geschichtlich läßt sich also nachweisen, daß der Anspruch, der für die Gymnasien erhoben wird, allein für die Universitäten vorzubereiten, erst seit ungefähr 50 Jahren besteht, daß von einer Jahrhunderte langen Tradition der gymnasialen Einrichtungen nicht die Rede ist, und die Beschäftigung mit der griechischen Sprache nicht zu den Grundzügen des Lehrplanes der Gymnasien gehört hat, also auf die Entwicklung keinen Einfluß hatte. In der dem Vorjahr folgenden Sitzung wurde beschlossen, den für Betreibung der Petition eingesetzten „Ausschuß für deutsche Schulreform“, dessen Mandat nach anerkennungswürdigster Erledigung seiner Aufgabe abgelaufen ist, mit der Schulcommission für die demnächstigen Schritte in der Schulreform-Gelegenheit zu einem erweiterten Ausschuss zu verschmelzen. Da der Name des bisherigen Ausschusses vielfach den irrgreichen Glauben erweckt hat, daß in Berlin noch ein besonderer Verein für Schulreform existiere, soll der erweiterte Ausschuss den Namen „Deutscher Schulreform-Ausschuss der Deutschen Akademischen Vereinigung“ führen.

Statistische Nachweisung über die in der Woche vom 3. März bis 9. März 1889 stattgehabten Sterblichkeits-Vorgänge.

Namen der Städte.	Einhwohner per Taufend. pro Jahr auf 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einhwohner per Taufend. pro Jahr auf 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einhwohner per Taufend. pro Jahr auf 1000 Einw.
London ...	4351	19,6	Dresden ...	264	20,9
Paris ...	2260	25,6	Odezia ...	268	19,1
Berlin ...	1453	19,7	Brüssel ...	181	21,3
Petersburg ...	928	31,4	Halle a. S. ...	89	18,0
Wien ...	800	28,1	Dortmund ...	86	20,3
Hamburg ...	510	25,3	Bofen ...	70	24,5
incl. Vororte	442	34,8	Eisen ...	70	25,7
Budapest ...	444	26,1	Würzburg ...	57	26,1
Warschau ...	391	28,8	Görlitz ...	59	21,8
Rom ...	318	27,9	Frankfurt ...	150	25,8
Breslau ...	290	30,2	a. d. Oder ...	119	31,4
Prag und Vororte ...	284	29,8	Duisburg ...	52	24,0
München ...	122	36,2	München ...	49	26,5
Stettin ...	105	22,8	Gladbach ...	47	32,6

*) mit den Stadtgemeinden Deutz und Ehrenfeld und sieben verschiedenen Landgemeinden.

• Vom Lobe-Theater. Fräulein Martha Burchardt vom Stadttheater in Hamburg beginnt morgen, Donnerstag, ein kurzes Gastspiel in der Operette „Der Vice-Admiral“. Am Freitag wird noch einmal das Lustspiel „Die wilde Jagd“ gegeben.

E. B. Concert der Philharmonie. Am Dienstag Abend legte der unter Leitung des Herrn J. Lehnhert stehende Instrumental-Verein „Philharmonie“ im Musiksaal der Universität vor einem zahlreichen Zuhörerkreise erfreuliche Proben seines ernsten Strebens und tüchtigen Könnens ab. Das Programm enthielt nur gute und gediegene Musik, ein Zeichen, daß es den Mitgliedern nicht um flüchtiges Amusement, sondern um die Verfolgung künstlerischer Zwecke zu thun ist. Die Ausführung sämtlicher Nummern ließ auf eine Menge vorangegangener gründlicher Proben schließen; Einzelnes gelang so vorzüglich, daß es selbst einer Vereinigung von Berufsmusikern zur Ehre gereicht haben würde. Wie bei allen Dilettanten-Aufführungen, wird man natürlich ideale Anforderungen nicht stellen dürfen. Was thut's auch, wenn bei einer heiligen Geigenfigur ein oder der andere Spieler, der nicht Zeit gehabt hat, sämtliche Proben zu besuchen, in Zwischenpalt mit seinen Collegen gerath? Kommen doch in den größten Orchestern, wo jeder Mann mit militärischer Pünktlichkeit antreten muß, viel schlumme Dinge vor. Weit wichtiger, als solche Kleinigkeiten, deren Gelingen oder Nichtgelingen mehr eine Sache des Glücks als der Berechnung ist, ist der Geist, von dem eine Aufführung durchweht ist. Und in dieser Hinsicht kann die Philharmonie auf ihr letztes Concert mit Genugthuung und Stolz zurückblicken. Herr J. Lehnhert hat es verstanden, die Mitglieder seines Vereins geistig anzuregen und musikalisch empfänglich zu machen, und diese wiederum haben es an Eifer und Thatkraft nicht fehlen lassen, die Anweisungen ihres Leiters praktisch auszuführen. Es ging durch alle Nummern ein fröhler, frischer Zug, der von einem liebevollen Versenken in die gestellten Aufgaben zeigte und auch die Zuhörer sympathisch berührte. Das Programm begann mit der c-dur-Sinfonie von Beethoven, einem Stück, das von Berufsochtern gewöhnlich nicht mehr für ganz voll angesehen wird. Darauf folgte ein Concertstück (Introduction und Allegro appassionato op. 92) von R. Schumann, ein fast unbekanntes, zum Theil sehr anziehendes Werk, dessen Clavierpart von Herrn Dr. Polko schneidig und temperamentvoll ausgeführt wurde. Die übrigen Gaben des Abends bestanden in kleineren Piecen, einer für Streichorchester von G. Wehrle bearbeiteten Arie von J. S. Bach, Furiantz und Reigen seifiger Geister aus Gluck's Orpheus und zwei Säfen aus dem verschollenen Ballet „Prometheus“ von Beethoven. Von besonderem Interesse war namentlich das Prometheus-Finale, eine Bearbeitung jenes bekannten Themas, an welches sich Beethoven mit zäher Ausdauer Jahre lang festklammerte, und welches erst in der Eroica seine endgültige Erledigung fand. — Sämtliche Nummern des Programms wurden von dem aufmerksam

lauschenden Auditorium mit wohlgemeintem und wohlverdientem Beifall aufgenommen.

* **Behobene Verkehrsstörung.** Bis auf die Strecke Zinten—Perwitz sind sämtliche als geperrt gemeldeten Strecken des Directionsbezirks Bromberg wieder fahrbare.

* **Secundärbahn Hirschberg-Petersdorf-Warmbrunn.** Der Kreisausschiff des Kreises Hirschberg fordert mittelst Schreibens alle diejenigen Interessenten, die sich für das Project der Secundärbahn Hirschberg-Warmbrunn-Petersdorf durch Bezahlung von Geldbeiträgen verpflichtet haben, auf, die jeweilige zugehörige Summe bis zum 25. Mai 1889 an die Kreiscommunalstube in Hirschberg voll und baar zu zahlen, zunächst aber den vom lgl. Stempelfiscal für das Zahlungsverpflichten erforderlichen Stempel der Schulverschreibung zu $\frac{1}{2} \text{ %}$, sowie für die Unterschriftsbestätigung den Altersstempel zu entrichten.

k. Zum Fernsprechverkehr Berlin—Breslau. Auf Anordnung der Kaiserlichen Ober-Postdirektion müssen bei Beginn des Fernsprechverkehrs zwischen Berlin—Breslau erst alle vorliegenden dringenden Privat-Anmeldungen zu Gesprächen zwischen hier und Berlin abgewickelt sein, ehe der hiesige Fernsprechturnus mit Berlin eröffnet werden kann; in Folge dessen wird der Beginn des regelmäßigen Turnus oft bis 1 Uhr hinausgeschoben. Zur Behebung dieses Uebelstandes ist deshalb am zuständigen Stelle das Erischen gestellt worden, dabir zu wirken, daß der Verkehr für den regelmäßigen Turnus pünktlich um 12 Uhr eröffnet werden kann. Wie wir nun hören, sind diese Wünsche der Interessenten von Seiten der hiesigen Kaiserlichen Ober-Postdirektion zur Kenntnis der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Berlin gebracht und leherte um Abstellung der zur Sprache gebrachten Uebelstände erachtet worden. Sobald die bezügliche Antwort hierauf eingegangen sein wird, werden wir weitere Mitteilung machen.

* **Transportbegünstigung für Ausstellungs-Gegenstände.** Die Königlichen Eisenbahn-Directionen gewähren für diejenigen Gegenstände, welche auf der in den Monaten April bis Juli d. J. in Berlin stattfindenden Deutschen Allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung ausgestellt werden und unverkauf bleibend, freien Rücktransport bis zum Aufgabort, wenn die Rücksendung bis zu einem noch zu bestimmenden Tage nach der Ausstellung erfolgt. Behufs Erlangung dieser Begünstigung hat der Verender bei Aufgabe des Gutes zum Hintransport in dem Frachtbrief die Sendung ausdrücklich als Ausstellungsgut zu bezeichnen. Die freie Rückförderung findet stets nur als Frachtgut, niemals als Eigentum statt.

* **Betriebsmittel im Eisenbahn-Directions-Bezirk Breslau.** Am 1. Februar dieses Jahres umfaßte der Wagenpark der genannten Direction einen Bestand von 230 Personenzug- und 782 Güterzug-Locomotiven, 1107 Personenwagen, 4915 gedeckten und 15 913 offenen Güter- und Wagen. Durch Neubeschaffung traten zu diesem Bestande zwei Güterzug-Locomotiven, ein gedeckter und 103 offene Güterwagen hinzu, durch Ausgangsrichtung dagegen 1 Güterzug-Locomotive und 5 gedeckte Güterwagen ab. Wihin betrug der Bestand am 1. März d. J. 230 Personenzug- und 783 Güterzug-Locomotiven, 1107 Personenwagen, 4911 gedeckte und 16 016 offene Güterwagen. In Reparatur waren durchschnittlich im Februar d. J. 20 pGt. Personenzug- und 17,52 pGt. Güterzug-Locomotiven, 11,20 pGt. Personenwagen, 3,74 pGt. gedeckte und 4,16 pGt. offene Güterwagen.

* **Abfertigung mehrerer Personen auf ein Eisenbahn-Blankettbillet.** Behufs schnellerer Abfertigung des Publikums am Billeterhalter haben die königlichen Eisenbahn-Directionen gestattet, daß in denjenigen Relationen des Local- und Staatsbahn-Verkehrs, in welchen Fahrkarten mit vollständigem Aufdruck (Kartenbillets) nicht aufliegen, fortan bei der Abfertigung geschlossener Gesellschaften, wie Familien, Jagdgemeinschaften etc. für die einfache Fahrt mehrerer zusammengehörenden Personen in derselben Klasse und nach derselben Station nur eine Blankettkarte ausgestellt zu werden braucht. Mehr als 10 Personen dürfen jedoch auf eine Blankettkarte nicht abgefertigt werden. Eine Fahrvorsermäßigung ist mit dieser Einrichtung nicht verbunden. Behufs schnellerer Abfertigung ist dem reisenden Publikum zu empfehlen, zuliefernfalls dem expedirenden Beamten sofort die entsprechenden Angaben zu machen, um die Ausstellung einer Anzahl Blankettkarten an Stelle nur einer einzigen zu vermeiden. Für Blankettbils für Hin- und Rückfahrt ist dieses Verfahren ausgeschlossen. Ebenso werden Kinder unter zehn Jahren zusammen mit Erwachsenen auf eine Blankettkarte nicht abgefertigt.

* **Schlesischer Verein zur Überwachung von Dampfkesseln.** Unter reger Beteiligung der Mitglieder fand heute die Generalversammlung im „Weizen Adler“ hier selbst statt. Der Vorsitzende, Fabrikbesitzer Bergius-Goldschmid, erstattete einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre. Die Zahl der unter Aufsicht des Vereins stehenden Kessel ist von 2340 im Vorjahr auf 2506 gestiegen. Der Lehrbeirat hat ebenso, wie in den vergangenen Jahren, in einer beträchtlichen Anzahl Establissemens mit gutem Erfolge gearbeitet; es liegen dem Vorstande anerkannte Bezeugnisse über die Erfahrungen mit dem Material während der periodischen Thätigkeit des Heizers in den Kesselfässern vor. Der Vorsitzende knüpft hieran die Bitte an die Mitglieder, den Lehrbeirat des Vereins zeitweise anzunehmen, wenn nicht eine vollkommene Sicherheit über die Thätigkeit der vorhandenen Kesselheizer vorliege. Die verhältnismäßig geringen Kosten für die kurze Thätigkeit des Lehrbeiraters würden in vielen Fällen durch eine später sich zeigende Erspartnis an Kohlen mehr als aufgewogen werden. Der technische Rath der Vereins-Ingenieure im letzten Geschäftsjahre, wie ihre Thätigkeit bei Revisionen, Incidirungen von Dampfkesseln etc. wurde in bedeutend erhöhtem Maße gegen früher in Anspruch genommen. Der Verein ist im vergangenen Jahre glücklicherweise von Betriebsunfällen verschont geblieben. Die von den Vereins-Ingenieuren bei Revisionen minirten Fehler in der Anlage sind so schnell als möglich von den Kesselbesitzern beseitigt worden. Eine erweiterte Thätigkeit steht dem Vereine bevor in Folge der neuesten Regierungs-Befreiung, betreffend die Revision von Dampfkesseln. Der Vorstand hat beschlossen, diese Revisionen bei Vereinsmitgliedern vornehmen zu lassen. An der in Kurzem in Berlin zu eröffnenden Unfall-Verhinderungs-Ausstellung wird der Central-Verband preußischer Kesselvereine sich als Aussteller beteiligen. Die bisherigen Mitglieder des Vorstandes, die Herren Skene und Friedrich, haben vor kurzem ihr Amt als Vorstandsmitglieder zum Bedauern des Vorstandes niedergelegt. Nach dem Kassenbericht betrug die Einnahme im verflossenen Jahre 85 657,13 Mark, die Ausgabe 88 420,02 Mark, so daß eine Mehrausgabe von 2762,89 Mark zu verzeichnen ist. Der Verein besitzt ein disponibles Vermögen von 11 162,95 Mark. Nachdem die Entlastung ausgeprochen worden, wurde der Stat für 1889 in Einnahme und Ausgabe auf je 73 246,30 Mark festgesetzt und beschlossen, für das Jahr 1890 von den Mitgliedern dieselben Beiträge für den Kessel zu erheben, wie bisher. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden Fabrikbesitzer Th. Wissott-Breslau und Fabrikbesitzer Karl Kopisch-Weizenbau bei Schweidnitz wieder- und Hütten-Inspector Schindler-Borsigwerk, Brauereibesitzer P. Kippe-Breslau und Director Th. Richter-Woishowiz neu gewählt. Aus dem folgenden Bericht des Ober-Ingenieurs Minssen sei folgendes hervorgehoben: Die Zahl der Vereinsmitglieder hat sich von 729 auf 794 erhöht. Für 105 Concessionsguthe wurde die Vorprüfung erledigt, 149 Dampfkessel unterlagen der baupolizeilichen Abnahme vor Ertheilung der Betriebsconcession. Die bei den 2506 Kesseln des Vereins im Jahre 1888 ausgeführten Revisionen stellten sich folgendermaßen: 2670 äußere Revisionen, 1351 innere Revisionen (einfachlich 1351 Zugrevisionen), 442 Druckproben, von denen 139 mit den angeführten inneren und Zug-Revisionen zusammenfallen, während 303 Zugrevisionen als innere Revisionen bei den übrigen Druckproben erfolgten, ferner 107 Constructionsprüfungen an neuen Kesseln, 107 Druckproben an neuen Kesseln und 149 baupolizeilich Abnahmen von neuen Kesseln. Insgesamt wurden 5129 Revisionen ausgeführt. Am 68 Dampfkesseln wurden 38 innere Revisionen und 30 Druckproben ausgeführt. Die Zahl der untersuchten Centrifugen betrug 145. Von technischen Arbeiten sind zu erwähnen: die Indicierung von 30 Dampfmaschinen mit 48 Dampfzylindern und die besondere Untersuchung von 12 Luftpumpenzylinndern mit dem Indicator, 24 Ver dampfungsversuche an 39 dazu notwendigen Tagen, 16 Blechprüfungen an 27 Tagen, 32 Gutachten und ungezählte Bauüberwachungen bei anderen Abnahmen in Kesselfabriken. In Maschinenwerkstätten von Mitgliedern erfolgten dreizehn Reparaturdruckproben an Locomobil-Kesseln von Nichtmitgliedern, acht Revisionen fanden in Stellvertretung anderer Überwachungsvereine statt, drei Revisionen alter Kessel ergaben deren Untauglichkeit und konnten in den Verein nicht aufgenommen werden. Ein Mitglied, welches einen kassierten Kessel länger im Be-

triebe zu halten suchte, als ihm gestattet, wurde der Behörde angezeigt, welche den Kessel kalt legte. Leider wurden bei 7 Damypfesseln in Fabriken des Vereins überlassene Sicherheitsventile angelassen, mit dem Zweck, höhere Spannungen zu erzielen, als die nach der gesetzlichen Concession zulässigen. Die betreffenden Kesselwärter mußten der Polizeibehörde zur Bestrafung gemeldet werden. Die übermäßige Belastung wurde bei der Revision sofort entfernt. Kleinere Fehler und Mängel sind, wie immer, zu verzeichnen gewesen. Dieselben sind aber fast alle im Laufe des vorigen Jahres beseitigt worden; die noch nicht ausgeführten Reparaturen werden in der ersten Zeit dieses Jahres ausgeführt sein. Die Überwachung hierüber ist eine sorgsame. Eine Vermehrung des Personals wird in etwa einem Jahre nach Ansicht des Berichterstatters notwendig werden. Die Errichtung eines Zweigbüros in Gleiwitz hat vielfache Wünsche Rechnung getragen und bewährt sich als praktisch. Schließlich macht der Berichterstatter noch darauf aufmerksam, daß unsere größeren deutschen Walzen jetzt ein neues Material für den Kesselbau in einer solchen Vorzüglichkeit anfertigen, daß dasselbe für neue Kessel nur empfohlen werden kann. Es ist dies das Martin-Tukenstein, welches heute schon in Österreich etwa $\frac{3}{4}$ des früher verarbeiteten Schweizens verdrängt hat und auch am Rhein in großer Ausdehnung zum Kesselbau benutzt wird. Die Ergebnisse der genaueren Untersuchung der Eigenschaften dieses Eisens werden s. B. den Mitgliedern bekannt gegeben werden.

* **Wasserstands-Nachrichten.** Die Wasserhöhe zu Ratibor betrug am 18. März 1,46 Meter, am 19. März 1,50 Meter; zu Görlitz am 18. März 1,08 Meter, am 19. März 1,03 Meter; zu Görlitz am 18. März 0,35 Meter, am 19. März 0,35 Meter; zu Breslau am 19. März am Oberpegel 5,20 Meter, am Unterpegel + 0,73 Meter, am 20. März am Oberpegel 5,19 Meter, am Unterpegel + 0,73 Meter, Mittelwasser am 19. März 3,90 Meter, am 20. März 3,86 Meter; Eisstand.

* **Eisstand auf der Oder.** Das auf dem Wasserspiegel der Oder unterhalb des städtischen Wasserbehörden lagernde Eis hat sich im Laufe des gestrigen Nachmittags zusammengezogen, ohne sich indes wesentlich weiterstromwärts bewegt zu haben. Die durch die Verschiebung in verticale Stellung gebrachten Schollen lassen wahrnehmen, daß das Eis durch Unterdrückung an Stärke eingebüßt hat, auch erscheint es sehr porös und mürbe. — An der Stromseite des Seitenarmes der Oder, über welche die zu erbauende neue Dombrücke führen soll, waren gestern Arbeiter auf Kähnen beschäftigt, die alten Strompfeiler von dem daran haftenden Eis zu befreien.

* **Glogen, 19. März. [Wahl — Handwerker-Verein.]** In der heut stattgehabten Sitzung des Barisch-Weiditzer Deichverein wurde der neuwählte Vorstande gewählt an Stelle des zum 1. April nach Köln verlegten Wasserbau-Inspectors Brettingen des Wasserbau-Inspectors Schulz aus Kurzembrach, welcher zum Nachfolger des Vorgenannten bestimmt wurde, als Deich-Inspector gewählt. — In der gestern Abend stattgehabten Versammlung des Handwerker-Vereins hielt Lehrer Sobolewski einen Vortrag über „Ludwig der Bierbrauer und seine Zeit.“ Sodann wurde beschlossen, am Sonnabend, am 21. März c., einen Familienabend im Schützenhaus abzuhalten. Am nächsten Sonnabend findet die Prüfung der Handwerker-Fortbildungsschule statt.

* **Görlitz, 19. März. [Frühzeitige Wahlagitation.]** Die Socialdemokraten sind hier die Ersten, welche angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen in die Agitation eintreten. Gestern sprach in einer öffentlichen Versammlung der aus den früheren Wahlkämpfen bekannte, bei der socialdemokratischen Centralleitung einmal im Ungrade gefallene und dann wieder rehabilitierte ehemalige Reichstagskandidat des Wahlkreises Görlitz-Lauban, Cigarrenmacher Keller, über das Coalitionsrecht der Arbeiter. Es möchten wohl über 300 Personen anwesend gewesen sein. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Als zweiten Redner haben sich die hiesigen Socialdemokraten den neuwählten Breslauer Reichstagsabgeordneten August Kühn aus Langenbielau verschieben. Derselbe beabsichtigt hier am Donnerstag, 21. d., über die Gründung eines Arbeiter-Wahlvereins zu sprechen.</

suche um Aufnahme in die 2. Klass ist an den Landeshauptmann der preußischen Oberlausitz, Grafen von Fürstenstein in Görlitz, zu richten.

** Brieg, 19. März. [Beerdigungsfeierlichkeit.] Gestern Vormittag nach 11 Uhr wurde der Stadtfest und Stadtverordnete Wilhelm Wechmann, welcher in der Nacht von Freitag zum Sonnabend an Lungenföhre stark, feierlich zur leichten Ruhe bestattet. Die Vertreter der Behörden der Stadt und des Kreises, die Loge und zahlreiche Leidtragende aus Brieg und Umgegend folgten dem reichgeschmückten Sarge. Der Verstorben, welcher ein Alter von fast 77 Jahren erreicht hatte, war über 30 Jahre als Stadtrath und 11 Jahre als Stadtverordneter im Dienste der Commune thätig. Während seiner längjährigen Amtsverwaltung hat er sich besonders im Vorwissen große Verdienste um die hiesige Stadt erworben. Die Stadt ehrt seine Verdienste um die Commune durch die Ernennung zum Stadtkonsulenten.

* Neisse, 19. März. [Auf Herabsetzung der Gaspreise] steht ein Gefuch ab, welches an Magistrat und Stadtverordnete gerichtet, zur Zeit verbreitet wird. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde beschlossen, die Rabatsätze bei Verkauf des Gases zu erhöhen. Die Petition erucht, wie die „Neisser Ztg.“ mitteilt, um Herabsetzung des Preises von 20 Pfennig auf 15 Pfennig für den Kubikmeter.

* Beuthen OS., 18. März. [In den Schacht gestürzt.] Am 17. d. Mts., Nachmittags, stürzte der Maschinenvärter Franz Walocha aus Michowiz auf dem Maschinenschacht I der Carsten-Centrum-Grupe in den Schacht und fand, wie die „Oberschl. Grenzg.“ berichtet, hierbei seinen Tod.

* Ratibor, 19. März. [Über die geplante Erweiterung des Bahnhofes Ratibor] schreibt der „Oberh. Anz.“: Die Anlagen, welche man zum Zwecke der Erweiterung des hiesigen Bahnhofes plante, waren bisher folgende: Es waren zunächst zwei Straßeneinführungen projectirt. Den Bahnhof Ratibor durchschneiden an drei verschiedenen Stellen Niveau-Uebergänge, und zwar bilden diese Uebergänge die Sandstraße, die städtische Promenade und der Fußweg zu der Zuckerfabrik von Bender und Comp. Die Benutzung dieser Uebergänge wird durch das stete Rangieren von Bürgen, welches in Folge der sehr gesteigerten Verkehrsverhältnisse den ganzen Tag hindurch dauert, nicht nur sehr erschwert, sondern ist auch für das Publikum mit Gefahren verbunden. Zur Befreiung dieser Uebelstände wurden für die Wege-Uebergänge Straßeneinführungen projectirt, während der Promaden-Fußweg über den Bahnhofsaal und außerhalb desselben zum Anschluß an die Promenade mit den Straßeneinführungen durch neu anzulegende Fußwege verbunden werden sollte. Dieses Project hat nun insofern eine Aenderung erfahren, als der Fußweg zur Zuckerfabrik von Bender u. Comp. keine Unterführung erhält. Gelegentlich der am 1. December erfolgten landespolizeilichen Prüfung des Entwurfs der Bahnhofserweiterung hatten die Besitzer der Zuckerfabrik Bedenken wegen der Herstellung einer Unterführung in unmittelbarer Nähe der Fabrik. Diese Bedenken wurden auch verwaltungstechnisch anerkannt. Die Verhandlungen haben nun dahin geführt, daß die Besitzer in die Anlage eines Weges willigen. Dieser Weg schließt unmittelbar an die Unterführung der Sandstraße an, benutzt das der Bahn gehörige Gelände bis zum Doctor-damm, den er in derselben Höhe überschreitet, weil der Damm zugleich Hochwasserdeich ist. Er durchschneidet hierauf in südlicher Richtung das Bender'sche Grundstück, wendet sich dann nach Westen, dem Oderlauf folgend, und schließt an einen bei Station 9,5 vorhandenen Weg an. Dieser Weg soll dann bis zum Eisenbahnübergang beibehalten und, wo nötig, verbreitert werden. Von da ab wird der nach dem Buchhaus führende Weg, welcher als ein öffentlicher zu erklären ist, benützt. Außerdem wird noch vom Schnittpunkt der Promenade auf dem Doctor-damm bis zum Eisenbahnübergang ein Fußweg zur Verbindung der beiden durch die Bahn abgeschnittenen Promaden angenommen. Die Erweiterung des Bahnhofes besteht ferner in der Vergrößerung der Perron-Anlagen vor dem Stations-Gebäude und hauptsächlich in der Vermehrung der Gleise, namentlich derjenigen für den Freiladeverkehr, der mit der Hebung der Industrie in unserer Stadt bedeutend zugenommen hat. Durch letztere Anlage ist auch die Verlegung eines Theiles der Promenade in die Verlängerung der Eisenbahntrasse erforderlich. Es sind ferner vier Stück centrale Weichen- und Signalstellwerke geplant, wodurch die Betriebsicherheit erhöht und Weichensteller gespart werden. Die Kosten der Bauausgabe betragen laut Kostenanschlag 474 000 M., diejenigen der Betriebsausgabe 20 451 M., welchen Summen eine Rücknahme von 18 850 M. gegenübersteht.

△ Katowitz, 19. März. [Erinnerungsfeier.] Der Landwehr-Verein hat in der General-Appell-Versammlung am 17. März er beschlossen, zur Erinnerung an die Erfüllung der Düppeler Schanzen am 18. April cr. und zum Andenken an die damals (vor 25 Jahren) gefallenen Soldaten, eine Feier in der katholischen und evangelischen Kirche, sowie in der Synagoge zu veranstalten.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

* Berlin, 20. März. Im Reichstage kam heute der Antrag des Centrums (Lieber-Hiße) wegen der Einführung eines elfstündigen Normal- oder vielmehr Maximalarbeitsstages zur Verhandlung. Mit dem Centrum gingen nur die Socialdemokraten. Letztere natürlich sind etwas fortgeschritten, denn sie verlangen eine zehnstündige Maximalarbeitszeit und ohne solche Ausnahmen, wie sie der Antrag zuläßt. Die Antragsteller und die Socialdemokraten beriefen sich auf die Erfahrungen, die man mit einem ähnlichen Gesetz in der Schweiz und in Österreich gemacht habe. Die Vertreter der anderen Parteien, Herr von Kleist-Reckow von den Deutschconservativen, Merbach von der Reichspartei, Baumbach von den Freisinnigen und Böttcher von den Nationalliberalen, beriefen sich auch auf die österreichischen und schweizerischen Erfahrungen, die gerade den Beweis lieferen, daß mit solchen allgemeinen gesetzlichen Vorschriften nichts erreicht werde, denn die Ausnahmen seien dort fast zur Regel geworden. Der elfstündige Maximalarbeitsstag bildet jetzt schon vielfach die Regel, und es sei zu befürchten, daß eine allgemeine Vorschrift einen Rückschritt herbeiführe. Wenn irgend wo sich ein Übermaß bemerkbar mache, so z. B. in der Textilindustrie, so habe der Bundesrat die Vollmacht, dagegen einzuschreiten; eine Schablone sei bei solchen Anordnungen verderbt. Der Antrag wurde schließlich einer 21er Commission überwiesen. Morgen Nachtragsetat und Vorlage wegen des Reinigungszwanges.

43. Sitzung vom 20. März.

1 Uhr.

Am Bundesratsstift: von Marshall.
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des von den Abg. Lieber und Hiße eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend den Normalarbeitsstag und den Arbeiterschutz.

Abg. Lieber (Centr.) verweist darauf, daß schon 1887 eine Commission des Reichstages in einer Resolution das Betreten des Weges der Gesetzgebung bezüglich der Einführung eines Normalarbeitsstages empfohlen habe, und daß der Reichstag diesen Vorschlag am 17. Juni 1887 gutgeheissen habe. Die Haltung der verbündeten Regierungen zwinge die Antragsteller, den Reichstag von Neuem mit der Sache zu besetzen. Der Bundesrat habe dem Reichstag nur mitgetheilt, daß die von ihm eingeleiteten Erörterungen noch nicht abgeschlossen seien. Diese Erörterungen dürften nicht solche sein, wie sie der Reichstag wünsche. Ein Weiteres über das Schicksal des Beschlusses habe der Reichstag nicht erfahren, der Bundesrat scheine ihn der Vergessenheit überlassen zu wollen. Dies zu verhindern, sei der Zweck des neuerdings eingebrachten Entwurfs. Mit einer Resolution komme man nicht wieder, weil sich gerade hier die Wirkungslosigkeit solcher Resolutionen klar gezeigt habe. In den zwei Jahren sei man nicht um eines Schrittes Breite weiter gekommen. Der Antrag wolle nicht die Einführung eines Normal-, sondern eines Maximalarbeitsstages. Das Haus möge den Entwurf einer Commission überweisen. Über die große Frage der Berechtigung des Schutzes auch der Erwachsenen gegen allzu starke Ausbeutung ihrer Arbeitskraft wolle er kein Wort mehr verlieren. In dem einen Aufsichtsbezirk Oberfranken sei noch bei 61 Prozent aller Betriebe die Arbeitszeit länger als 11 Stunden, die Ruhepause abgerechnet, durchschnittlich werde in Deutschland in der Hälfte aller Betriebe der Vorrang der Menschlichkeit nicht genugt, das Maximum der regulären Arbeitszeit auf 11 Stunden zu bemessen. Da-

neben berichten aber die Fabrik-Inspectoren von Spinnereien, wo bei 13stündiger Arbeitszeit nur eine halbstündige Mittagspause eingehalten wird. Hier müsse endlich eine Ordnung geschaffen werden. Daß es Roth thue, zu einer gesetzlichen Regelung zu schreiten, wenn die Industriellen es nicht selbst vermögen, habe auch Herr Oechelhäuser anerkannt. Aus amtlichen bayrischen Acten lasse sich nachweisen, daß der Rückgang des Heereserlaßgeschäftes ganz im Verhältniß steht zu dem Aufschwung der Industrie, daß also diese für die Entkräftung unserer Generation verantwortlich gemacht werden müsse. Das müsse auch die Gleichgültigkeit nachdrücklich machen. Ausführbar sei die Sache, sie werde ausgeführt in der Schweiz und in Österreich. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frohme (Socialdem.) nimmt für seine Partei das Verdienst in Anspruch, die Forderung des Maximalarbeitsstages im deutschen Reichstage zuerst zur Debatte gestellt zu haben. Das Princip des Antrages fördere die Socialdemokratie mit der größten Entschiedenheit, den elfstündigen Arbeitstag aber könne sie nicht unterstützen. Selbst ein Mann wie Lujo Brentano spreche es aus, daß die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit die Frage nach dem Stande der Civilisation sei; die Tendenzen unserer modernen Produktionsweise gebe ja doch dahin, aus der Arbeitskraft in kurzer Zeit möglichst viel herauszuschlagen. Zur zweiten Lesung werde seine Partei ein Amendment einbringen, welches die Bemühung der Maximalzeit auf zehn Stunden herabzusetzen vorschlage. In Hamburg, Berlin und anderen großen Städten bestehe längst der zehnstündige Arbeitsstag. Der Saftarbeit müsse natürlich Rechnung getragen werden. Hätten die Arbeiter übrigens das Coalitionsrecht voll und ganz, so würde schon in vielen Gewerben eine so lange Arbeitszeit, wie jetzt, nicht mehr bestehen. Die Arbeiter legen auf Verkürzung der Arbeitszeit nur dann Gewicht, wenn eine gleichzeitige Lohnerhöhung stattfindet.

Abg. v. Kleist-Reckow: Gewiß hat die Agitation der Socialdemokratie vielfach auf Schäden in unserer wirtschaftlichen Entwicklung aufmerksam gemacht; aber wehe uns, wenn es dahin kommen sollte, daß der Staat die zweite Vorsehung in allen Beziehungen des wirtschaftlichen Lebens spielen würde! Wenn die Freiheit aufgehoben wird, wie Sie es wollen, dann hört auch die Energie, die Freudigkeit des Schaffens der Arbeit auf, dann ist es mit jedem Aufschwung von Wirtschaft, Handel und Industrie vorbei. Mit dem Maximalarbeitsstag, den Sie wollen, hängt der Normalarbeitsstag zusammen, den wir nicht wollen; den auch Herr Lieber nicht will; damit hängt ferner zusammen der Normalarbeitslohn und das ganze System der socialdemokratischen Forderungen. Auf diese schiefe Bahn können und dürfen wir die Gesetzgebung nicht verlocken. Natürlich hat die Schweiz eine internationale Conferenz über alle diese Fragen ausgeschrieben; auch von einer solchen kann ich mir nichts versprechen. Ganz abgesehen von dem landwirtschaftlichen Betrieb und der gewöhnlichen Landarbeit ist es schon gar nicht möglich, für alle die verschiedenen Gewerbe eine solche Schablone einzuführen. Der erwachsene Arbeiter kann sich selbst schützen. Ich beantrage, die Vorberatung einer Commission von 21 Mitgliedern zu überwiesen.

Abg. Baumbach (dfr.): Obgleich ich dem Schuh der Kinder- und Frauenarbeit zustimme, kann ich mich dem vorliegenden Antrag nicht anschließen. Die etwas mancherlei Neuerung des Herrn Borredners, daß der erwachsene Arbeiter sich selbst schützen könne, hat mich recht sympathisch berührt. Dieses Princip hat in England bei der Regelung der Arbeitszeit stets gegolten, und die dortigen Behörden haben sich gegenüber der Agitation auf eine achtfürstündige Arbeitszeit ablehnend verhalten. Aber auch für die Gegner des Systems, wie den deutschen Bundesrat, wären umfangreichere Erhebungen, in welchen Gewerben und in welchem Umfang eine lange Arbeitszeit besteht, sehr angebracht. Man könnte dann in einzelnen Gewerben Remedy schaffen. Durch eine gesetzliche Regelung aber, wie sie der Antrag will, würde wenig erreicht werden, da ja die Antragsteller selbst vom Bundesrat zu bestimmende Ausnahmen zulassen wollen. Sich für einen gesetzlichen elfstündigen Arbeitstag zu erwärmen, schient mir ein Zeichen einer gewissen volkswirtschaftlichen Romantik. Die Berichte unserer Fabrikinspectoren zeigen überdeß, daß in einzelnen Betrieben bereits eine zehnstündige Arbeitszeit die Regel ist. Der elfstündige Maximal-Arbeitsstag ist also schon überholt. In Berlin selbst ist im Großen und Ganzen das zehnstündige System durchgeführt, wie Sie aus dem Bericht des Berliner Gewerberates ersehen können. Ein elfstündiger Arbeitstag könnte geradezu einen Rückwürt bedeuten, indem dann vielfach in den Betrieben, die heute zehn Stunden arbeiten lassen, ein elfstündiger Arbeitstag eingeführt würde. Auch auf die sozialistische Schablone kann ich mich nicht einlassen. Mit der Abföhrung der Arbeitszeit ist es nicht gemacht. Eine entsprechende Verbesserung der Lohnverhältnisse müßte Hand in Hand damit gehen. Nur teilweise kann der Arbeiter im Stande sein, ein Pensum in elf Stunden zu bewältigen, was er bisher im zwölf Stunden geleistet hat. Die Maschinenarbeit läßt überhaupt keine Steigerung zu. Da auf dem Arbeitsmarkt stets Ebbe und Flut wechselt, würde der Normalarbeitsstag nur hinderlich sein. Bei Krisen rechnet der Arbeiter schon immer mit einem größeren Verdienst in späterer Zeit. Die Berichte der österreichischen Gewerbe-Inspectoren zeigen, daß dort der gesetzliche Arbeitstag durch zahllose Ausnahmen durchbrochen worden ist, und daß viele Arbeiter sich geradezu gegen den Normalarbeitsstag wehren. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Schweiz, wo ebenfalls die Ausnahmehöchst in großem Umfang gegeben und der Normalarbeitsstag so fast in völlige Vergessenheit gerathen ist. Auch bei uns ist eine große Arbeitszeit nur in gewissen Betrieben eingeführt, so namentlich im Brauereigewerbe. In den Vorschlägen des Schweizer Bundesrates und in der Einladung desselben zu der internationalen Conferenz ist auch der Normalarbeitsstag nicht berücksichtigt. Vielleicht sagt einer der Vertreter des Reichsamts des Innern, wie die Regierungen sich zu den schweizerischen Vorschlägen stellen. Professor Roscher meint, daß jedenfalls die Normalarbeitszeit für die verschiedenen Gewerbe von ganz verschiedener Länge sein müßte. Man kann auch auf Grund des § 20 der Gewerbeordnung viele Missstände beseitigen. So ist hier in Berlin für die Spiegelbelegeranstalten bereits eine kürzere Arbeitszeit dictirt worden. Reicht der Paragraph in dem innuce bereits die ganze Arbeitsschutz-Gesetzgebung enthalten ist, nicht aus, so könnte man vielleicht mit ihm eine Aenderung vornehmen. Jedenfalls wäre es sehr zu bedauern, wenn in Deutschland der Weg der Selbsthilfe ganz verlassen würde. Das grobartige Beispiel der englischen Gewerbevereine sollte auf unsere Arbeiter hinreichend wirken. Das parlamentarische Comité der englischen Gewerkschaft ist durchaus nicht geneigt, den Weg einer gesetzlichen Regelung zu beschreiten, weil, wie der Bericht sagt, die Arbeiterbewegung des Continents einen Ausgangspunkt hat, den man in England nicht anerkennt. Freilich sind bei uns die Strateerklasse und das Socialistengesetz ein Hindernis. Man scheint nun allerdings den Standpunkt der Ausnahmegesetze verlassen zu wollen, wenigstens haben Zeitungsnachrichten in dieser Beziehung einen gewissen Schatten vorausgeworfen. Wir haben erst in den letzten Tagen erleben müssen, daß man in praxi sich mehr und mehr auf den Boden des gemeinen Rechts stellt und das Gesetz nicht blos gegen Socialisten, sondern gegen „Federermann aus dem Volke“ anwendet (Heiterkeit). Ich verkenne nicht die edlen Bestrebungen der Antragsteller, trotzdem muß ich mich ebenso, wie gegen die sozialistische Schablone, gegen die Romantik der Socialpolitiker vom Centrum wenden. Die Maßregeln Englands gegen die deutschen Fabriken zeigen, daß man jenseits des Canals die deutsche Industrie der Englands für durchaus ebenbürtig hält. Möchte auch der deutsche Arbeiter an Intelligenz und Energie dem englischen gleichen, er wird dann weiter kommen, als durch diesen etwas schwindsüchtigen Normalarbeitsstag.

Abg. Merbach (Reichspartei) steht dem Princip der Anträge nicht unfreundlich gegenüber, warnt aber vor Überstürzung und verlangt die weitgehendsten Ausnahmen und Befreiungen. In der vorgelegten Form sei der Antrag für seine Partei nicht annehmbar.

Abg. Böttcher (natl.) unterschreibt alle rationales dubitandi, welche von den sämmlischen Rednern gegen die gesetzgeberische Durchführung des Princips geltend gemacht sind. Auch Herr Oechelhäuser könne von Herrn Lieber nicht in dem Maße in Anspruch genommen werden, wie es geschehen sei. Herr Oechelhäuser habe ausdrücklich erklärt, daß er zwar mit der Zeit noch viel weiter heruntergehen könnte mit dem Maximalarbeitsstag, daß er sich aber gegenwärtig für den elfstündigen Maximalarbeitsstag noch nicht engagieren könne. Erfreut ist Redner über den Schritt der schweizerischen Regierung zur internationalen Regelung dieser Arbeitsschutzfrage. Wenn immerfort von den Socialdemokraten auf den großen Entscheidungskampf hingewiesen wird, so müsse er fragen, ob denn die Socialdemokraten des Sieges schon so sicher seien? Dieser Kampf werde eine Menge von noch schlummernden Kräften im Bürgerthum wecken, so daß es doch mindestens noch sehr zweifelhaft sei, auf welche Seite der Sieg falle.

Die Discussion wird geschlossen.

Abg. Singer behauert, daß der Schluss der Discussion ihm nicht erlaubt, die Ausführungen des Abg. Böttcher auf ihr richtiges Maß zurückzuführen.

Im Schluswort bemerkt Abg. Hiße als Mitantragsteller, daß dem

Princip des Antrages von keiner Seite widersprochen worden sei. Selbst Herr Baumbach habe nur dem Grade nach sich von den Freuden des Antrages unterschieden; es sei zu hoffen, daß Baumbach im nächsten Jahre seinerseits mit einem entsprechenden Antrage vorgehe, und dem Centrum damit, wie bei der Frauen- und Kinderarbeit den Rang ablaufen werde. Ganz unbehbar sei der Einwurf, daß der erwachsene Arbeiter sich selbst schützen könne, sowie der, daß mit der 11stündigen Arbeitszeit ein Rückschritt gemacht würde, weil in vielen Gewerben schon die zehnstündige existiere.

Der Antrag wird einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf verzagt sich das Haus.

Schlüß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Nachtragsetat. Kleinere Vorlagen.)

Landtag.

* Berlin, 20. März. Im Abgeordnetenhaus kam heute der Bericht der Ansiedlungskommission zur Verathung. Die polnischen Abgeordneten von Jazdewski und von Stablewski, unterstützt von Herrn von Schalscha vom Centrum, betrachteten die Ansiedlungskommission nur als ein Werkzeug zur Evangelisierung der ehemals polnischen Landesheile, eine Behauptung, die der Minister Lucius als unrichtig bezeichnete. Es seien von den katholischen Bewerbern verhältnismäßig eben so viele berücksichtigt worden, wie von den evangelischen; daß sich von den Erstern weniger gemeldet hätten, sei nicht Schuld der Commission. Die Abg. Seer und Sattler von der nationalliberalen Partei waren von der Thätigkeit der Commission vollauf befriedigt, nicht so ihr Fraktionsgenossen Sombart. Derselbe hat bekanntlich einen Versuch praktischer Colonisation durch Parcellirung des Rittergutes Steesom gemacht, sein Urtheil ist also ein gewichtiges. Er vermißte die Bildung neuer Gemeinden, ferner eine neue Bonitur der Grundstücke für die Grundsteuer und tadelte ferner, daß die Commission zu große finanzielle Anforderungen an die Ansiedler stelle, weil die Siedlungen viel zu groß seien. Die beiden polnischen Redner hatten auch die Enthüllungen des Herrn von Puttkamer-Plauth über die Ausweisung-Maßregel und die beabsichtigte Einführung chinesischer Arbeiter zur Sprache gebracht. Herr von Puttkamer-Plauth erklärte, daß der letztere Gedanke im Kopfe eines Landwirthes entsprungen sei, dessen Brief der Regierungsvorstand als Curiosum dem westpreußischen landwirtschaftlichen Verein überwiesen habe. Ernsthaft sei die Sache nicht behandelt worden. Bezuglich der Ausweisungen habe der Minister von Puttkamer die Bedenken der Landwirtschaft gegen eine allzu schnelle Ausführung der Maßregel geltend gemacht, ohne sich in einen principiellen Gegensatz zum Reichskanzler bei dieser aus politischen Rücksichten notwendigen Maßregel zu stellen. Herr von Puttkamer-Plauth ging dann auch auf die Thätigkeit der Ansiedlungskommission ein, mit welcher er, trotzdem er sich „für“ zum Wort gemeldet hatte, nicht ganz einverstanden ist. Er meint nämlich, die Commission müsse nicht bloß neue deutsche Ansiedler heranziehen, sondern auch die wirtschaftliche Lage der schon vorhandenen verbessern und stärken, denn sonst habe ihre ganze Thätigkeit keinen Werth. Was die Commission zu diesem Zwecke thun soll — gesetzlich darf sie gar nichts dazu thun — verrieth Herr von Puttkamer nicht. Der Bericht wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Der Sachantrag der Polen kam dann zur Verhandlung und wurde, nachdem sich der Cultusminister dagegen erklärt hatte, gegen die Stimmen des Centrums und der Polen abgelehnt. Morgen, 10 Uhr, beginnt die dritte Lesung des Etats. Die Freisinnigen wollen beim Etat des Ministeriums des Innern die Unterdrückung der „Volkszeitung“ zur Sprache bringen.

Abgeordnetenhaus. 39. Sitzung vom 20. März.

11 Uhr.

Am Ministerische: v. Lucius.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die weitere Verathung des Berichts der Ansiedlungskommission für 1888.

Der Referent Graf Kanitz hat bereits gestern Namens der Budget-Kommission Bericht erstattet.

Abg. v. Jazdewski (Polen) bezeichnet es als eine felsame Ironie des Schicksals, daß Herr von Puttkamer-Plauth, der Bruder des vorigen Ministers, sich jetzt dagegen verwarf, daß sein Bruder die Ausweisung der aus Russland ausgewanderten Polen befürwortet habe. Man habe früher daran gestrebt, die überseeische Auswanderung zurückzuhalten. Sie habe aber nicht abgenommen, sondern eher zugenommen. Durch den Anlauf der polnischen Güter, durch die Maßregeln auf dem Gebiete der Schule u. s. w. habe man die politische Verwaltung geradezu zur Auswanderung gereizt; denn die ganze Thätigkeit der Ansiedlungskommission ist ja nur eine Protestantisierungsmäßregel. Welchen Zweck die Maßregeln angeht, ist stets sich mehr bemerkbar machende Arbeitermangel, haben, kann man nicht verstehen. Es ist bezeichnend, daß der Regierungspräsident von Hesse schon daran gedacht hat, zur Befreiung des Arbeiterschlags Chinesen zu verschreiben. (Große Heiterkeit.) Wir haben diese Maßregel nicht herbeigeführt, wir haben uns dagegen auf das festgestellt, weil wir für verfassungswidrig und ungerecht in ihrer Ausführung halten. (Beifall bei den Polen und dem Centrum.)

Abg. v. Meyer-Altenwalde: Von der politischen Seite der Frage will ich nicht sprechen, sondern nur von dem wirtschaftlichen Vorgehen der Commission; es ist erfreulich, daß das Rentengut eingeführt worden ist; hoffentlich wird es möglich sein, diese Form des Rentengutes überall im preußischen Staate einzuführen. Daß die neu gebildeten Gemeinden Land zurückzuhalten, ist nur zu billigen; denn in Folge der Separation ist es vielfach soweit gekommen, daß die Gemeinden nicht einmal Kartoffelfeld für die Armen hergeben können. Die Commission sollte namentlich die württembergischen Bauern, welche sich angefiedelt haben, recht wahr halten. Redner spricht dann einzelne Maßregeln, welche die Commission getroffen hat, mit denen er sich im Allgemeinen einverstanden erklärt.

Minister v. Lucius: Die Auswanderung aus den östlichen Provinzen hat sich nicht gesteigert, sondern

keit.) Redner bleibt dabei, daß die Protestanten bei der Ansiedlung bevorzugt werden; die Abicht der Protestantierung wird ja auch von offiziösen Blättern direkt zugegeben. Die Ausführung des Gesetzes entspricht garnicht dem, was man bei der Begründung des Gesetzes angekündigt hat. Damals sagte man, daß es nur auf die Güter der polnischen Adligen abgesehen sei. Dabei läuft man fortwährend Bauernwirtschaften an, was naturgemäß die Auswanderung befördert und ein Proletariat schaffen muß. Man treibt die Arbeiter aus einer Gegend hinaus, wo geradezu ein Arbeitermangel herrscht. Schließlich ist, daß ein Regierungspräsident sogar an die Einführung von Chinesen denkt (Widerspruch des Herrn von Puttkamer); ein Dementi dieser Nachricht des "Geselligen" ist bisher noch nicht erfolgt. Die Auswanderung aus Polen und Westpreußen ist im Steigen begriffen, namentlich, wenn man dabei in Betracht zieht, daß besonders aus Westpreußen zahlreiche Ausweisungen stattgefunden haben. Es wird ja vielleicht möglich sein, durch weitere Anläufe das Polenthum zu verdrängen und hier zwei oder drei deutsche Abgeordnete mehr zu haben; aber jeder dieser Abgeordneten wird dem preußischen Volke 30 Millionen kosten. Die ganze Gründung ist eine der unglücklichsten der neueren Zeit. (Beschluß bei den Polen.)

Abg. v. Puttkamer-Plauth (conf.): Die polnische Bevölkerung ist nicht frei von aller Schuld, daß die Maßregeln gegen das Polenthum haben ergriffen werden müssen. Das deutsche Element mußte vor der fortwährenden Zurückdrängung in den ehemals polnischen Landesteilen geschützt werden. Dass den Polen durch das Gesetz Gewalt angelanzt würde, davon ist gar keine Rede. Die Anläufe der Commission sind nicht nur fast durchgängig freihandig erfolgt, sondern die polnischen Adligen boten vorwiegend die Güter freiwillig der Commission an. (Burk: Rothlage) Bäuerliches Areal wird nur in verschwindendem Maße angekauft. Dass confessionelle Rücksichten keine Rolle spielen, hat der Minister bereits nachgewiesen. Die Auswanderung hängt mit der Thätigkeit der Ansiedlungscommission nicht zusammen. Die Commission hat sich ihrer schwierigen Aufgabe mit Sorgfalt und Geschick unterzogen; aber neue Ansiedlungen lassen sich nicht hervorzaubern. Der Mangel an Angeboten von Ansiedlern ist auf die zu großen finanziellen Anforderungen zurückzuführen, weil die Parzellen zu groß sind. Besondere Aufmerksamkeit mußte auch der Entwölfung der ehemals polnischen Provinzen geschenkt werden. Im Centralverein deutscher Landwirthe für Westpreußen wurde mit Recht als Ursache der Auswanderung und in Folge davon des Arbeitermangels die Schwierigkeit, die Selbstständigkeit zu erwerben, bezeichnet. Die Schulbildung der Güter und die Gesetzgebung ist ein Hindernis für Privatbesitzer, Ansiedlungen zu etablieren. Über meine "Entschlüsse" in einer Sitzung sind die alarmitnden Gerüchte in die Öffentlichkeit gelangt. Man müßte wirklich erwägen, ob es nicht nothwendig ist, diese ängstliche Presse in ihrer Thätigkeit einzudrängen. (Heiterkeit links.) Das Thatsächliche ist dieses: Der Herr Minister von Puttkamertheilte meine Bedenken gegen die Ausweisungen vom Standpunkt der Landwirtschaft, hielt sie aber aus höheren politischen Rücksichten für geboten; ein prinzipieller Widerspruch zwischen ihm und dem Reichskanzler bestand nicht; der Minister wollte nur etwas langsam vorgehen. Die Einführung von Kulis ist in der Vereinsitzung nur als Eroisum behandelt worden. Die ganze Gesetzgebung der letzten Jahre hat nicht entfernt den Augen gebracht für die östlichen Provinzen, wie für die anderen Provinzen des Staates. Wenn die Regierung für die schon vorhandenen Deutschen und den Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen nichts thut, wird die ganze Ansiedlung nichts nützen.

Abg. v. Schälscha (C.): Von einer Zunahme des Polonismus habe ich nichts bemerken können. Das Gesetz ist technisch gut durchgeführt. Warum aber nicht Restgitter etabliert werden, verstehe ich nicht. Für Kirchenplätze und Kirchland sind große Flächen reserviert, aber sie kommen nur der evangelischen Kirche zu Gute; denn katholische Ansiedler werden nur zugelassen, wo katholische Kirchen bereits vorhanden sind. Aehnlich verhält es sich mit den Schulen. Katholische Ansiedler bewerben sich in geringerer Zahl, weil man allgemein annimmt, daß solche nicht oder nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. In der katholischen Presse waren derartige Nachrichten verbreitet, ohne daß ein amtlicher Widerspruch erfolgt wäre.

Minister v. Lucius: Über die Belastung von Restgittern ist seitens des Ministeriums keine Bestimmung getroffen. Alle Lügen in irgend einem Wurstblättchen amtlich zu widerlegen, ist unmöglich. Unseren hier abgegebenen Erklärungen, daß es sich nur um nationale, nicht um confessionelle Interessen handelt, muß Glauben geschenkt werden.

Abg. v. Sattler (natl.): Die Gründungen der Ansiedlungscommission knüpfen an die besten Traditionen der preußischen Geschichte an. Die gute Ausführung der ihr zugewiesenen Aufgabe wird von allen Seiten anerkannt.

Abg. v. Jazdewski (persönlich): Der Bericht des Graudenzer "Geselligen" über die Neuordnungen des Herrn v. Puttkamer-Plauth im landwirtschaftlichen Centralverein für Westpreußen sind seit acht Tagen durch die Presse gegangen, ohne von denselben berichtigt zu werden, und auch auf meine Bemerkung gegen Herrn v. Puttkamer, daß ich die Sache hier im Hause zur Sprache zu bringen beabsichtigte; hat er die Richtigkeit der in dem "Geselligen" angeführten Thatsachen nicht bestritten, sondern vielmehr, wie ich verstanden habe, bestätigt.

Abg. v. Puttkamer-Plauth: Ich habe mich nur damit einverstanden erklärt, daß Herr v. Jazdewski die Sache zur Sprache bringe; den Bericht des "Geselligen" selbst habe ich ihm als "Blech" bezeichnet.

Abg. v. Jazdewski: Ich bestreite, daß Herr v. Puttkamer mir gegenüber das Wort "Blech" gebraucht hat; ich bleibe dabei, daß er die Richtigkeit des Berichtes nicht in Abrede gestellt hat.

Der Bericht der Ansiedlungs-Commission wird hierauf durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Veratung des Antrages von Gzarlinski und Geßnossen, betreffend die Anwendung der Muttersprache bei dem Schul- und Religionsunterricht.

Der Antrag lautet: Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, Anstalten zu treffen, daß die Regierungs-beziehentlich Oberpräsidial-Erlasse vom 20. September 1872, 24. Juli und 27. October 1873, sowie die Ministerial-Rescripte vom 7. September, 6. und 17. October 1887 aufgehoben werden und in deren bisherigem Geltungsbereiche die Muttersprach der Kinder als Unterrichtsmittel und Unterrichtsgegenstand wieder die gebührende Berücksichtigung und Pflege finde und der Religionsunterricht derselben ausschließlich in der Muttersprache ertheilt werde.

Abg. v. Gzarlinski begründet den Antrag mit dem Hinweis, daß es überall als selbstverständlich gelte, daß den Kindern nur in der Muttersprache etwas beigebracht werden kann. Bei den polnischen Kindern soll es anders gehalten werden, und die Folge davon sei, daß die Kinder dümmen aus der Schule herauslämmen, als sie früher gewesen. In einer Landsschule sei auf die Frage nach dem Namen des Kaisers von einem polnischen Kind geantwortet worden: Bismarck. (Heiterkeit.) Aus solchen Antworten gebe hervor, daß den Kindern jedes Verständniß des Unterrichts fehle. Der Minister selbst habe zugegeben, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache ertheilt werden solle; aber es gebe zahlreiche Lehrer, die kein Wort polnisch verstünden; wie sollten diese im Stande sein, den Religionsunterricht polnischen Kindern in der Muttersprache zu ertheilen? Alle erdenklichen Maßregeln würden angemahnt, um den Kindern das polnische auszutreiben. Kinder, die sich der polnischen Sprache geläufig bedienten, seien von dem betreffenden Lehrer auf die Polizei geführt worden, um dort darüber gefragt zu werden, von wen sie denn in der polnischen Sprache unterrichtet würden, ob etwa von den Geistlichen, und in welchen Gegenständen, ob auch in der Religion. Solche Maßregeln trieben zur Auswanderung. In der Provinz Polen hätten 14 polnische Lehrer im vergangenen Jahre ihre Entlassung eingereicht. Redner spricht zum Schlus die Bitte aus, daß Haus möge helfen, diese naturwidrige sprachliche Uniformierungswuth zu beseitigen.

Abg. v. Szumala (C.) meint, daß man mit dieser forcirten Germanisierung nicht weiter komme. Das Deutsche zu lernen, seien die Polen selbst bestrebt; aber auf dem eingeschlagenen Wege werde dieser Zweck nicht erreicht. In Schule, Haus und Kirche ergäben sich aus den Anordnungen der Regierung unerträgliche Missstände. Die Erbitterung der Bevölkerung sei nur zu erklären und eine Abänderung der erlassenen Bestimmungen sei dringend nothwendig.

Abg. v. Stablawski bedauert, daß die Beschwerden des Abg. v. Jazdewski unwiderlegt und unerwidert geblieben seien. Man wolle die Polen tödlichweichen, obgleich die Angelegenheit drei Millionen polnischer Unterthanen tief bewege. Der Antrag werde aber gleichwohl seine Wirkung nicht verfehlten. Dass der Religionsunterricht in der Muttersprache ertheilt werden müsse, sei früher von den Conservativen allgemein anerkannt worden. Man erinnere sich der warmen Worte Stricker's und von Hammerstein's. Aber es änderten sich nicht bloss die Zeiten, sondern auch die Personen. Zahlreichen katholischen Schulen, wo die evangelischen Kinder in verschwindender Weise vorhanden seien, wären neben den katholischen evangelische

Lehrer aufgenötigt worden. In jeder Weise trete die Vorzugsstellung der evangelischen Kirche hervor. Thatsache sei, daß seit dem vorigen Jahre trotz der Zusicherung des Ministers der Religionsunterricht immer mehr der polnischen Sprache entzogen worden sei. Der Staat habe kein Recht, die Kinder in ihrer religiösen Erziehung zu schädigen; thue er das, so übe er die schwerste Tyrannie aus.

Minister v. Göhler: Den polnischen Staatsbürgern wie den deutschen, welche in Folge der Schwankung der früheren Unterrichtsminister unsicher sind, wird die Erklärung angenehm sein, daß eine Änderung in diesen Verhältnissen nicht eintreten wird. Die Leistungen unserer Volksschulen in den ehemals polnischen Landesteilen werden am besten gekennzeichnet durch den stetigen Rückgang der Zahl der Analphabeten in denselben. Die Verdeutschung des Religionsunterrichts ist seit dem Erlass vom 7. Sept. 1887 nicht fortgeschritten. Wo dagegen gefehlt ist, war es der Fall auf Grund von Anordnungen aus früherer Zeit; in einzelnen Fällen habe ich Remedium eintreten lassen. In Polen bestand bis 1887 die Vorschrift, daß der Religionsunterricht zunächst in der Muttersprache ertheilt werden sollte; wenn das Verständniß des Deutschen gewachsen, könne er aber auf Anordnung der Regierung in der deutschen Sprache ertheilt werden. Um aber diese einfache schultechnische Frage nicht mit religiösen Fragen zu verschleiern, habe ich auch den facultativen Gebrauch des Deutschen verboten. Ich sehe den größten Widerstand der Verbindung dieser Dinge entgegen. Den Bestrebungen, durch Privatunterricht ergänzend einzutreten, sind die Behörden angewiesen, so wenig als möglich entgegenzutreten. Aber nur eine einzige adelige Dame hat mit Energie diesen Religionsunterricht ertheilt. Die Eltern und die Vereine behufs privater Ertheilung des polnischen Unterrichts kommen nicht auf die Beine, obgleich ihnen von der Regierung kein Haar gekräunit wird. Es erscheint hier bei den Polen viel Feuer nach außen, aber es fehlt die ernste, solide Arbeit. Die Ausfassung, daß Schulmaßregeln zur Auswanderung trieben, ist in dem polnischen landwirtschaftlichen Vereine zu Thorn selbst als irrig bekämpft worden. Dass Polonismus und Katholizismus auf allen Gebieten sich decken, davon ist keine Rede. Feststellen will ich, daß die Herren aus Oppeln früher massvoller waren, als heute, wo der Abg. Szumala sich mit den Ausführungen des Herrn v. Gzarlinski vollkommen einverstanden erklärt hat. Dass die Maßregeln sich nur gegen katholische Polen richten und man die Protestanten nicht belästige, bestreite er; es hätten in Masuren aber sämmtliche evangelische Pastoren sich geeinigt, nur deutschen Confridman-Unterricht zu ertheilen, und das sei gethane in Folge der im Landtag von den Polen gehaltenen Reden, welche bei der evangelischen Geistlichkeit Befürchtungen in Bezug auf die Erhaltung ihrer Religion erweckten. Bis 1841 war der Gebrauch des Deutschen in den polnischen Landesteilen viel ausgedehnter, als heute; erst durch die Verfüzung von 1842 ist eine Änderung zu Gunsten des Polnischen eingetreten. Die Erlasse von 1872 und 73 sind keine Culturkampf-Maßregeln, sondern vor demselben beschlossen auf Grund der Auskunft der Special-Commissionen im Interesse der deutschen Katholiken, die laut über ihre Polonisierung Klage führten. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Schluss der Sitzung 4¹/₂ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.)

Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.

* Berlin, 20. März. Neben den Sommeraufenthalt des Kaisers steht nach der "Post" bisher nur soviel fest, daß das Kaiserpaar Aufenthalt in Friedrichskron nimmt und die Besuche der 3 Souveränen in derselben Reihenfolge geschehen werden, in welcher der Kaiser diese besucht hat.

Nach der "Königl. Zeitg." hat in letzter Zeit ein sehr herzlicher Depeschentausch zwischen der Königin von England und dem Kaiser stattgefunden, in dessen Verlauf der Kaiser die Einladung der Königin mit Dank annahm. Er wird im Hochsommer dieselben besuchen. Man nimmt an, daß der Kaiser mit einem deutschen Geschwader nach London kommen wird und daß ihm zu Ehren dort ein großes englisches Flottenmanöver in Scène gehen wird.

Zu der gestern Nachmittag stattgehabten Mittagsfassel hatte das Kaiserpaar auch den Staatsminister a. D. Puttkamer und Geßnossen eingeladen.

In Württemberg gehen seit einiger Zeit eigenhümliche Gerüchte um, worüber das "Frankfurter Journal" berichtet: Es heißt, der König Karl sei fest entschlossen, unmittelbar nach seinem im Juni d. J. stattfindenden 25-jährigen Regierungsjubiläum dem Thron zu entsagen.

Die "Nordd. Allg. Zeitg." constatirt, daß zu dem gemeldeten Festmahl zu Ehren des Grafen Moltke, bei welchem sich übrigens dieser selbst als Gast befand, und welches mit dem Jubiläum desselben nicht in Zusammenhang stand, Fürst Bismarck nicht geladen war.

Der Pariser "Figaro" veröffentlicht den Text der Urkunde über die in Castellaro bei Mentone am 6. Februar vollzogene Civiltrauung des Fürsten Alexander von Battenberg mit der Tochter des Joh. Loisinger, und der Maria Mayer, Fr. Johanna Maria Loisinger, 24 Jahre alt, ohne Profession. Da der Maire nur berechtigt ist, die Heirath solcher Fremden zu vollziehen, die 6 Monate hintereinander vor der Hochzeitung in Frankreich gelebt haben, was in diesem Falle nicht zutrifft, hat der General-Procurator von Nizza die Klage auf Nichtigkeitserklärung der Che eingereicht. Der "Figaro" erzählt, Fürst Alexander von Battenberg habe den Maire nur dadurch zur Hochzeitung überredet, daß er auf sein fälschliches Wort versicherte, nach persönlicher Rücksprache mit dem Nizza'er General-Procurator autorisiere dieser den Maire in dem besonderen Falle des Fürsten, vom Gesetz abzusehen, was sich nunmehr als unwahr (?) herausgestellt.

Der Abg. v. Puttkamer-Plauth: Ich habe mich nur damit einverstanden erklärt, daß Herr v. Jazdewski die Sache zur Sprache bringe; den Bericht des "Geselligen" selbst habe ich ihm als "Blech" bezeichnet.

Abg. v. Jazdewski: Ich bestreite, daß Herr v. Puttkamer mir gegenüber das Wort "Blech" gebraucht hat; ich bleibe dabei, daß er die Richtigkeit des Berichtes nicht in Abrede gestellt hat.

Der Bericht der Ansiedlungs-Commission wird hierauf durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Veratung des Antrages von Gzarlinski und Geßnossen, betreffend die Anwendung der Muttersprache bei dem Schul- und Religionsunterricht.

Der Antrag lautet: Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, Anstalten zu treffen, daß die Regierungs-beziehentlich Oberpräsidial-Erlasse vom 20. September 1872, 24. Juli und 27. October 1873, sowie die Ministerial-Rescripte vom 7. September, 6. und 17. October 1887 aufgehoben werden und in deren bisherigem Geltungsbereiche die Muttersprach der Kinder als Unterrichtsmittel und Unterrichtsgegenstand wieder die gebührende Berücksichtigung und Pflege finde und der Religionsunterricht derselben ausschließlich in der Muttersprache ertheilt werde.

Abg. v. Gzarlinski begründet den Antrag mit dem Hinweis, daß es überall als selbstverständlich gelte, daß den Kindern nur in der Muttersprache etwas beigebracht werden kann. Bei den polnischen Kindern soll es anders gehalten werden, und die Folge davon sei, daß die Kinder dümmen aus der Schule herauslämmen, als sie früher gewesen.

In einer Landsschule sei auf die Frage nach dem Namen des Kaisers von einem polnischen Kind geantwortet worden: Bismarck. (Heiterkeit.) Aus solchen Antworten gebe hervor, daß den Kindern jedes Verständniß des Unterrichts fehle. Der Minister selbst habe zugegeben, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache ertheilt werden solle; aber es gebe zahlreiche Lehrer, die kein Wort polnisch verstünden; wie sollten diese im Stande sein, den Religionsunterricht polnischen Kindern in der Muttersprache zu ertheilen?

Abg. v. Szumala (C.) meint, daß man mit dieser forcirten Germanisierung nicht weiter komme. Das Deutsche zu lernen, seien die Polen selbst bestrebt; aber auf dem eingeschlagenen Wege werde dieser Zweck nicht erreicht. In Schule, Haus und Kirche ergäben sich aus den Anordnungen der Regierung unerträgliche Missstände. Die Erbitterung der Bevölkerung sei nur zu erklären und eine Abänderung der erlassenen Bestimmungen sei dringend nothwendig.

Abg. v. Stablawski bedauert, daß die Beschwerden des Abg. v. Jazdewski unwiderlegt und unerwidert geblieben seien. Man wolle die Polen tödlichweichen, obgleich die Angelegenheit drei Millionen polnischer Unterthanen tief bewege. Der Antrag werde aber gleichwohl seine Wirkung nicht verfehlten. Dass der Religionsunterricht in der Muttersprache ertheilt werden müsse, sei früher von den Conservativen allgemein anerkannt worden. Man erinnere sich der warmen Worte Stricker's und von Hammerstein's. Aber es änderten sich nicht bloss die Zeiten, sondern auch die Personen. Zahlreichen katholischen Schulen, wo die evangelischen Kinder in verschwindender Weise vorhanden seien, wären neben den katholischen evangelische

Lehrer aufgenötigt worden. In jeder Weise trete die Vorzugsstellung der evangelischen Kirche hervor. Thatsache sei, daß seit dem vorigen Jahre trotz der Zusicherung des Ministers der Religionsunterricht immer mehr der polnischen Sprache entzogen worden sei. Der Staat habe kein Recht, die Kinder in ihrer religiösen Erziehung zu schädigen; thue er das, so übe er die schwerste Tyrannie aus.

* Berlin, 20. März. In hiesigen zuständigen Kreisen ist von dem nach englischen Quellen gemeldeten Kampfe des Kanonenboots "Hyâne" auf kamerunischem Gebiet mit den Eingeborenen, welche wegen ihrer Gewaltthäufigkeiten geübt werden sollen, nichts bekannt; die Bestätigung der Nachrichten bleibt also abzuwarten.

* Berlin, 20. März. Die "Post" behauptet, bei der Reichscommission sei bis heut Nachmittag 1½ Uhr noch keine Beschwerde in Sachen der "Volkszeitung" eingegangen. — Dem Director der Actien-Gesellschaft "Volkszeitung", Herrn May, ist folgendes Schreiben des Polizei-Präsidenten, Freiherrn von Richthofen, zugegangen:

"Ew. Wohlgeboren werden hiermit in Bestätigung meines Schreibens vom 17. März d. J. ergeben in Kenntniß gezeigt, daß auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 1. October 1878 die Rücker der "Volkszeitung" vom 17. März d. J. durch den Unterzeichneten verboten und daß dies Verbot auch auf das fernere Erscheinen erstreckt worden ist. Veranlaßung zu diesem Verbot hat der Artikel mit der Überschrift "Ein Gedenktag" gegeben. In diesem Artikel wird in agitatorischer Weise die Revolution des Jahres 1848 als glorreiche That verherrlicht und namentlich den arbeitenden Schichten der Nation hier von der Hauptstadt zugeschrieben. "Dem Arbeiter" heißt es in dem Artikel, "dem ehrlichen und treuen Boffe gehörte der 18. März 1848, ihm allein." Indem weiter gesagt wird, daß das reiche Erbe, daß der 18. März der Nation hinterlassen, durch Zug und Trug und nicht zuletzt auch durch die großmütige Vertrauensseligkeit des Volkes verloßert und verloren sei, und nachdem es im letzten Absatz des Artikels heißt, daß das Gefühl tiefer Belehrung die Lebenden ergreifen müsse, wird in nicht mißverstehender Weise darauf hingewiesen, daß die Kämpfer einer neuen Revolution sich den Dank des Volkes erwerben würden. Die Tendenz des Artikels geht daher schließlich darauf aus, durch Verherrlichung des revolutionären Kampfjahrs 1848 namentlich in den arbeitenden Schichten der Nation zum Umturz der bestehenden Staatsordnung aufzureißen, indem ihnen die Kämpfer des Revolutionsjahrs als der Racheifer würdigste Beispiele vorgeführt werden. Wie bereits eine Reihe früherer Artikel der "Volkszeitung" deutlich die Tendenz verrathen, die bestehende monarchische Staatsordnung systematisch zu untergraben, so sind auch diese Ausführungen unverkennbar bestimmt, die sozialistischen auf den Umturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Bestrebungen aufzufordern. Die angeführten Gründe rechtfertigen das Verbot des ferneren Erscheinens der "Volkszeitung" gleichzeitig mit dem Verbot der Nr. 65 des betreffenden Blattes. Der Polizei-Präsident von Richthofen."

Die "Freie Zeitung" meldet, die neue Zeitung "Die Zukunft", welche in der Druckerei der "Volkszeitung", Actiengesellschaft, gedruckt wird, ist durch mündliche Benachrichtigung des Criminalcommissarii v. Tausch an den Redakteur C. Bernstein in dessen Wohnung verboten worden.

* Berlin, 20. März. Dem evang. Lehrer Landek in Poln.-Landek im Kreise Schönau ist der Adler des Inhaber des Hohenzollern'schen Hauses verliehen worden.

* Posen, 20. März. Aus dem Gouvernement Radom wurden 53 Preußen und Österreich, meist Privatbeamte, ausgewiesen.

+ Frankfurt a. M., 20. März. Die "Freie Zeitg." meldet aus Konstantinopel: Der serbische Gesandte fragte im Auftrage des Erkönigs Milan im Palais des Sultans an, ob Milan in Konstant

Die Verlobung unserer Tochter Sara mit dem Herrn Isidor Wachsner beeindruckt uns hiermit ergebenst anzuseigen. [3580]
Brzezinka O.S., im März 1889.
L. Simenauer und Frau, geb. Haasdorff.

Sara Simenauer,
Isidor Wachsner,
Verlobte.

Die Verlobung ihrer Tochter Margarete mit dem königlichen Amtsrichter Herrn Ewald Friedberg in Winzig beeindruckt sich hiermit ergebenst anzuseigen. [1498]
Margarete Jagodzincki, geb. Cracow.
Berlin, im März 1889.
Margarete Jagodzincki,
Ewald Friedberg,
Berlin. Verlobte. Winzig.

Carl Heck,
Helene Heck,
geb. Hartert,
ehelich verbunden.
Breslau, 20. März 1889.

Hartwig Krone,
Anna Krone,
geb. Kutschewsky,
Vermählte. [4670]
Berlin, den 20. März 1889.

Carl Levy,
Cilly Levy,
geborene Cohn. [4664]
Neuvermählte.
Frankfurt a.M., im März 1889.

Aufs Neue haben wir einen herben Verlust durch das Dahinscheiden der

Frau Landeshauptmann

Laura von Klitzing

anzuseigen. Dieselbe widmete sich in unserer Mitte, ebenso wie früher als Vorsitzende des Zweigvereins für den Kreis Lublinitz, mit dem wärmsten Interesse allen Werken des Vaterländischen Frauen-Vereins.

In aufrichtiger Trauer werden wir ihr Andenken ehrend in treuem Herzen bewahren.

Breslau, den 20. März 1889. [3615]

Der Vorstand
des Vaterländischen Frauen-Vereins.
Marie Eichhorn.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Abend 11 Uhr verschied nach längeren Leiden unser innig geliebter Gatte, Vater, Grossvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der [1505]

Friseur Georg Schott

im Alter von 70 Jahren.

Dies zeigen in tiefem Schmerz an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Breslau, den 20. März 1889.

Die Beerdigung findet Freitag, den 22. März, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Schillerstrasse Nr. 15 aus, nach dem reformirten Kirchhofe (an der Lohestrasse) statt.

Statt jeder besonderen Meldung.

Am 19. März, Nachmittags 4 $\frac{1}{4}$ Uhr, entschlief sanft unsere unvergessliche, innig geliebte, herzensgute Gattin, Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter und Schwägerin

Frau Lehrer

Ida Hirschfelder, geb. Pohl,

im Alter von 30 Jahren. [4652]

Dies zeigen tiefgebeugt in namenlosem Schmerze an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Breslau, Beuthen a. O., Tarnau, den 21. März 1889.
Beerdigung: Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr, nach dem alten Friedhofe in Gräbschen.

Trauerhaus: Schillerstrasse 8.

Heute Nachts 3 Uhr entschlief plötzlich unser vielgeliebter Vater, Grossvater, Onkel und Schwiegervater [3598]

Efraim Schindler

im 66. Lebensjahr.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die Hinterbliebenen.

Gr. Strehlitz.

Für die zahlreichen Beweise liebvoller Theilnahme bei dem Hinscheiden meines geliebten Mannes sage ich hierdurch meinen tiefgefühltesten Dank. [4640]

Breslau, den 19. März 1889.

Agnes Peikert, geb. Schindler.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme anlässlich des Hinscheidens des [3622]

Stadtältesten Wilhelm Wechmann

sagen wir hiermit unsern aufrichtigsten Dank.

Brieg, im März 1889.

Die Hinterbliebenen.

N. N.
Zur bevorstehenden Frühjahrssaison empfiehlt

Reinhold Schmidt's Nachf.,
Inhaber: Max Bauer,
Schweidnitzerstrasse 43 I.

sein Atelier zur Ausfertigung seiner Herren-Garderobe.
Meinem Geschäft steht ein Kuschneider vor, welcher längere Jahre
in den feinsten Hof-Schnäder-Salons Wiens mit bestem Erfolge
gearbeitet hat, so daß ich in der Lage bin, auf diesem Gebiete das
Beste zu liefern. [4662]

Stadt-Theater.

Donnerstag, „Der Liebestrank.“ Komische Oper in 2 Acten von G. Donizetti. Hierauf zum letzten Male: „Wiener Walzer.“ Ballet-Divertissement in 3 Acten von L. Frappart und F. Gaul. Freitag. Außer Börs-Abonnement-Benefiz für Herrn Leon Reitemann: „Krieg im Frieden.“ Lustspiel in vier Acten von G. v. Moser und F. von Schönthan.

Samstag. Auftritt von Mr. Alessandro Scuri, Erfinder des Monocle, Miss Marion Graham, engl. Sängerin, Flora-Truppe (acht Damen), Darstellung lebender Bilder; Herr Klesch mit seinem Musée tintamaresque, Fr. Anna König, Fräulein Valérie Sängerinnen, Mrs. Ara und Zebra, Pyramiden-Künstler, und Herr Mariott und Fräulein Mariette, Duettisten.

Umfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

Lobe-Theater.

Donnerstag. Gastspiel des Fräulein Martha Büchhardt vom Stadttheater in Hamburg. „Der Vice-admiral.“ Operette in 3 Acten von Willibald. (Gilda, Fräulein Büchhardt.)

Freitag. Zum 7. Male: „Die wilde Jagd.“

Heim-Theater.

Donnerstag. Zum 1. Male: „Johannes Büdler.“

Freitag beginnt das Gastspiel des Magiers

Ben-Ali-Bey.

Paul Scholtz's Etablissement.

Heute, [4630]

Donnerstag, den 21. März 1889.

„Unsere Marine.“

Komische Operette in 1 Act von Lindner. Muß von Thiele.

Borher:

„Die Hochzeitstreise.“

Lustspiel in 2 Acten von R. Benedix.

Montag, den 25. März,

7½ Uhr Abends,

im grossen Saale der neuen Börse:

Concert

von

Amalie Joachim

unter Mitwirkung von

Fr. Hedwig Sicca (Sopran) und der

Herren Raimund von Zur Mühlen

(Tenor), Rudolf Schmaßfeld (Bass)

und Theodor Bohlmann (Clavier).

Das Programm enthält u. a.:

Zigeunerlieder von Brahms, Spa-

nisches Liederspiel von Schumann,

Duette von Brahms u. Schubert,

Billets à 4, 3, 2 und 1 M. in der

Schletter'schen Buchhandlung (Franck & Weigert),

Schweidnitzerstrasse 16/18.

Sonntag, den 24. März,

7½ Uhr Abends,

im grossen Saale der Neuen Börse:

Einziges Concert

des

Quartett Udel

vom [3525]

Wiener Männer-

Gesangverein.

Programm:

1) Kremer „Das Herzklopfen“.

2) a. Koch „Am Grenzwall“.

b. Udel „O das ist guat!“

3) Solovortrag des Herrn Professor Udel.

4) Bayar „Männerlob“,

b. Schäfer „Die da“.

5) a. Mayer „Historie vom Kuss“.

b. Gerneth „Moderne Wanderrusse“.

6) Solovortrag des Herrn Professor Udel.

7) Kässmeyer „Der Freischütz“.

Billets à 3, 2 und 1 Mark in der

Schletter'schen Buchhandlung (Franck & Weigert),

Schweidnitzerstrasse 16/18.

Text à 20 Pf. ebenda.

Breslauer Concerthaus.

Heute: XI. Symphonie-Concert.

Anfang 3 Uhr. Entrée 60 Pf.

½ Dutzend Billets 3 M. sind in

der Musikalienhandlung von Th.

Lichtenberg u. a. d. Kasse zu haben.

Liebich's Etablissement.

Heute und folgende Tage:

Große

humoristische Soirée

der allbeliebten

Leipziger Quartett-

II. Concertsänger

(Direction Gebr. Lipart)

und Gastspiel des anerkannt

besten Damen-Initiators

Deutschlands

Man de Wirth.

Allabend stürmischer Beifall.

Hochkomisches Programm.

Billets à 40 Pf. in den be-

kannten Commanditen.

Entree 50 Pf.,

Kinder 25 Pf.

Kasseneröffnung 6½ Uhr,

Anfang 8 Uhr.

Zielung

schon am 26. März.

Grosse Lotterie

in Worms.

Hauptgewinne baar ohne Abzug

30,000 M., 5000 M.

Ferner Gew. i. W. 1000 M.,

500 M., 100 M., 50 M. etc.

Loose à 2 M. 10 Pf., Porto

und Liste 30 Pf.

Stan. Schlesinger,

Schweidnitzerstr. 43.

Verlag von Eduard Trewoldt in Breslau.

Passendes Geschenk

für Kochschülerinnen, junge Hausfrauen,

Mädchen und die es werden wollen.

Karoline Baumann

Die Köchin

aus eigener Erfahrung.

In geschmackvollem

Gemleinwandband gebunden

Preis 1 M. 50 Pf.

9. verbesserte und vermehrte Ausgabe.

Diese neue Ausgabe des beliebten Kochbuches

ist durch eine ganze Anzahl von Rezepten der

Koch-, Brat-, Back-, Einmach-, u. Kunst ver-

Erste Klasse Königl. Preussisch. Staats-Lotterie.

Ziehung 2. u. 3. April cr. Hierzu offeriren: Ant. an Originalloosen (klassenweise derselbe Betrag zu zahlen) 1/2 M. 50, 1/2 M. 25, 1/4 M. 12 1/2, 1/5 M. 10, 1/8 M. 6 1/4, 1/10 M. 5, 1/16 M. 3 1/4, 1/20 M. 2 1/2, 1/32 M. 1 1/4, 1/40 M. 1 1/2, 1/64 M. 1, 1/80 M. 0,75. Porto 10 Pf. Einfreib. 30 Pf. Amtliche Gewinnlisten für alle 4 Klassen franco 1 Mark. [3586]

Oscar Bräuer & Co., Bank- und Lotterie-Geschäft, Breslau, Ring 44.

Telegramm-Adresse: Bräuer Comp., Breslau.

Breslauer Conservatorium am Neumarkt 28 und Gartenstrasse 9.
Das Sommersemester beginnt am 1. April. [3271]

Rudolf Thoma, Königl. Musikdirector.

C. E. Haupt,
Königl. Gartenbau-Director,
Breslau, Schweidnitzerstraße 37,
empfiehlt Blumenarrangements aus feinsten
lebenden Blumen, zu zeitgemäß billigen
Preisen: Braut- und Ballgarlands, Blumen-
börchen, Bouquets und Fantaststücke jeder
Form und Größe, Trauer-Decorationen,
Palmenwedel, Trauer- und Lorbeerkränze u. c. in
hochfeinster, neuester Ausführung mit pracht-
vollen Orchideenblumen. [030]
Auswärtige Aufträge werden aufs beste besorgt.
Vanda tricolor.

Für Landwirthe.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Gontaine, W. von, Die Censur des Landwirthes durch das richtige Soll und Haben der doppelten Buchhaltung, nebst Betriebs-Rechnung einer Herrschaft von 2200 Morgen für den Zeitraum vom 1. Juli 1870 bis 1. Juli 1871. 2. Aufl. gr. 8. 3 M. 75 Pf.

Frank, Prof. Dr. B., Die Krankheiten der Pflanzen. Ein Handbuch für Land- und Forstwirthe, Gärtner, Gartenfreunde und Botaniker. gr. 8. Mit 149 in den Text gebrochenen Holzschnitten. Preis 18 M. Eleg. in Holzfranz gebunden 20 M. 40 Pf.

Löwe, Dr. William, Die Fortschritte in der Düngerlehre während der letzten 12 Jahre. Systematisch dargestellt und erläutert. 8. 4 M. 50 Pf.

Nüffin, Alfred, Die Wiederkehr sickerer Flachsernen als Anleitung zur Erzielung zeitgemäßer Bodenerträge und die Ergänzung der mineralischen Pflanzenstoffe, insbesondere des Kalis und der Phosphorsäure, in ihrer Wichtigkeit für Flachs, Klee, Hafer, Hülsen- und Halmfrucht. 8. 75 Pf.

Eucker, O. w., Die intensive Wirtschaft, die Bedingung des jehigen Landwirtschaftsbetriebes. 8. 75 Pf.

Stoll, G., Director, Obstbaulehr. Erziehung und Pflege unserer Obstbäume und Fruchtfrüchte für Freunde des Obstbaues, besonders für Volkschullehrer. Mit 31 Holzschnitten. gr. 8 broch. 2 M., grün in engl. Leinenband geb. 3 M.

May, Prof. Dr. G., Das Schaf. Seine Wolle, Racen, Züchtung, Ernährung und Benutzung, sowie dessen Krankheiten. Mit 100 in den Text eingedruckten Holzschnitten, zwei Tafeln Wolfsschäler und 16 lithograph. Tafeln, Racenabbildungen in Tondruck. 2 Bände. gr. 8. 15 M.

Inhalt. Band I. Die Wolle, die Racen, die Züchtung und Benutzung des Schafes. Mit in den Text eingedruckten Holzschnitten, 2 Tafeln Wolfsschäler und 16 Racenabbildungen in Tondruck. Preis 9 M. — Band II. Die inneren und äußeren Krankheiten. Mit Holzschnitten. Preis 7 M. 50 Pf.

Meyer, J. G., Die Gemeindebauschule. Ihr Zweck und Nutzen, ihre Anlage, Pflege und Unterhaltung. 8. 75 Pf.

Mitsche-Collande, F. von, Die thierzüchterischen Controversen der Gegenwart. Eine Beleuchtung der durch G. v. Nathusius und H. Settegast vertretenen Züchtungstheorien in Rücksicht ihres Gegenseitiges und ihrer Bedeutung für die Praxis. gr. 8. 4 M. 50 Pf.

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Hochprima-Mast-Dachsenfleisch,
sowie englisch Lammfleisch
und alle seine Fleisch- u. Wurstwaaren
zu äußerst billigen Preisen empfiehlt [3625]
Mr. Glücksmann,
Schlachterei und Wurstfabrik,
Goldene Radegasse 2.

Bekanntmachung.
Geschäfts-Abschluss
des Consum- und Spar-Vereins
Borsigwerk,

eingetragene Genossenschaft,
für die Zeit vom 1. Januar bis Ende December 1888.

Waaren-Umsatz: 126 000 Mark.

Pro 1 Mark Waaren-Entnahme kamen 5 Pf. Dividende
an die Käufer zur Vertheilung.

Activa.

An Waaren-Konto	24 654 M. 75 Pf.
- Effecten-Konto	5 885 = 62 =
- Utensilien-Konto	577 = 96 =
- Coissa-Konto	148 = 20 =
- Debitoren-Konto	3 974 = 16 =
	35 240 M. 19 Pf.

Passiva.

Per 2 Waaren-Gläubiger	1 350 M. 80 Pf.
- Conto des Lagerhalters	1 820 = 62 =
- Cautions-Conto	3 000 = =
- Asservaten-Conto	120 = 38 =
- Spareinlagen-Conto	2 018 = 40 =
- Capital-Conto	4 249 = 60 =
- Reservesfond-Conto	13 001 = 35 =
- Gewinn- und Verlust-Conto	9 679 = 04 =
	35 240 M. 19 Pf.

Anzahl der Mitglieder ultimo December 1887 182
Im Jahre 1888 hinzugetreten 12
- - - - - ausgestiegen 10 2

Anzahl der Mitglieder ultimo December 1888 184

Borsigwerk, den 19. März 1889. [3596]

Der Vorstand
des Consum- und Spar-Vereins Borsigwerk,
eingetragene Genossenschaft.
Jacob. Bormann. Lewack. Janusch.

Eine Herrenstelle

in der neuen Synagoge in der ersten Reihe des Mittelschiffs ist für 600 M., 200 M. Anzahlung, zu verkaufen.

Reflectanten bitte, unter Chiffre A. B. 100 ihre Adresse Hauptpostamt Albrechtsstraße niederzulegen. [1497]

M. Korn, Neuschestr. 53, I.
Billigste Bezugsquelle für alle Art Waaren und Fabrikreste.

Düten und Beutel,

naturbraun satiniert chamois vuut fortire seitlich von M. 12 1/4 15 22 41 1/2 pr. Et.

Cigarrenbeutel, braun mit Druck von 1 M., imit. Pergament mit Druck von 1,40 M. per 1000 Stück an. Muster gratis und franco. [4371]

H. Bruck, Hirschberg i. Schl.

Kalk, Cement, Gips

Form- u. Verblendsteine, Oberschlesische Kohlen, liefert beste Qualität zu den billigsten Preisen das

Gogoliner und Gorasdzer Kalk-

und Producten-Comptoir [3516]

Louis Bodlaender,

Comptoir: Breslau, Neue Schweidnitzerstr. 1.

Reiche Heirath!

Durch vorzügliche Verbindungen in den besseren Kreisen vermittel seit Jahren seine Partien. Absolute Discretion. Rückporto erbeten. [1225]

Julius Wohlmann, Breslau, Oberstr. 3, III.

Bekanntmachung.

Über das Vermögen des Kaufmanns [3602]

Wilhelm Lück

zu Tarnowitz ist der Concurs eröffnet. Verwalter: Kaufmann Aufselm Blasqua zu Tarnowitz.

Anmeldezeit für die Concursforderungen bis 27. April 1889.

Offener Arrest mit Angeklagten bis 9. April 1889.

Erste Gläubigerversammlung am 13. April 1889,

Vormittags 10 Uhr.

Allgemeiner Prüfungstermin den 4. Mai 1889,

Vormittags 10 Uhr.

Tarnowitz, den 18. März 1889.

Kroll, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Reiche Heirath!

Durch vorzügliche Verbindungen in den besseren Kreisen vermittel seit einer langen Reihe von Jahren sehr feine Partien.

Strenge reelle, absolute discrete und höchst konstante Ausführung. [031]

Adolf Wohlmann, Ernststraße 6, II.

Adresse erbitten genan.

Reiche Heiraths-

Vorschläge erhalten Sie sofort discret in kolossalster Auswahl aus dem Bürger- und Adelstand Deutschlands, Österreichs, Ungarns. Bitte, verlangen Sie einfach nur die Ausfindung. Porto 20 Pf., für Damen frei. [1449]

General-Anzeiger, Berlin S.W. 61.

„Silesia“

Verein chemischer Fabriken.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung unserer Gesellschaft ist auf [1494]

Montag, den 15. April,

Nachmittag 3 Uhr,

im kleinen Saale der neuen Börse

zu Breslau

anberaumt. Diejenigen Actionäre, welche sich an derselben beteiligen wollen, werden eingeladen, ihre Aktien nebst einem doppelten Verzeichnisse und außerdem, falls sie nicht persönlich erscheinen, die mit dem gesetzlichen Stempel von 1,50 M. versehenen Vollmachten oder sonstigen Legitimationspapiere ihrer Vertreter spätestens vier Tage vor dem Versammlungstage

bei dem Bureau der Gesellschaft

zu Ida- u. Marienhütte, oder

bei einem der beiden Banthäuser

Gebr. Guttentag und

zu S. von Pachaly's Enkel Breslau

zu deponieren.

An den bezeichneten Stellen kann

auch der gedruckte Gesellschaftsbericht

pro 1888 in Empfang genommen

werden.

Tagesordnung:

1) Die in § 33 des Statuts vorzusehenden Gegenstände: Vorlage des Geschäftsberichts und der Gewinn-Bertheilung pro 1888 — dabei insbesondere Geheimnisung, einem zu bildenden Erneuerungsfonds den Betrag von 100 000 M. zu überweisen, sowie Ertheilung der Decharge für den Vorstand und Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

2) Antrag des Vorstandes, dem § 16 des Statuts vor dem letzten Absatz den Satz beizufügen: „Außerdem wird die Gesellschaft durch die Bezeichnung zweier Procuristen verbindlich gemacht.“

3) Antrag des Aufsichtsrates: Die von dem Beschlüsse der am 23. April 1888 stattgehabten Generalversammlung, betreffend die Beiträge der Gesellschaft zu den inzwischen gebildeten Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Kasse, abweichende Ausführung zu genehmigen.

Ida- und Marienhütte bei Saarau, den 20. März 1889.

Der Vorsitzende

des Aufsichtsrates.

Dr. Paul von Kultmiz.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist heute das Erlöschen der unter Nr. 217 eingetragenen Firma [3594]

A. Ellguthier

in Frankenstein eingetragen worden.

Frankenstein, den 15. März 1889.

Königliches Amts-Gericht.

[3592]

Lüben, den 17. März 1889.

Der Kreisbaumwirt.

H. Zschau.

Anton Günther,

Harburg a. d. Elbe,

offerirt eigene Magazine am Wasser und

Bahngleise zur Lagerung von Gütern aller Art. (Transit-

Lager u. Lager für den freien Verkehr.) Große

Pastors

der hiesigen evangelischen Gemeinde, mit welcher inkl. freier Wohnung ein jährliches Einkommen von ungefähr 4000 Mark verbunden ist, ist erledigt und soll vom 1. October d. J. besetzt werden.

Bewerber wollen ihre Gefühe bis zum 20. April c. an den stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindekirchenrats, Herrn Buchdruckereibesitzer C. F. Neumann, einreichen. Gleiwitz, den 1. März 1889.

Der evangelische Gemeinde-Kirchenrat.

Verdingung.

Die zum Neubau einer Offiziers-Speiseanstalt hier selbst erforderlichen Arbeiten und Lieferungen, mit Aus- schluss der Mauermaterialien, des Baubholzes, der Tapeten u. s. w., ver- anschlagt auf rund 20 000 Mark, sollen in einem Laufe öffentlich ver- bunden werden. Kostenaufschlag, Be- dingungen und Bezeichnungen liegen in unserer Schreibstube zur Einsicht aus. Nur der Verdingungsanschlag kam gegen Einwendung von 1 Wahl von uns bezogen werden. Portofreie, versiegelter, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind uns bis zum Termine, welcher im Con- ferenzzimmer des Rathauses am Donnerstag, den 4. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, abgehalten wird, einzurichten. Leobschütz, den 20. März 1889.

Der Magistrat.

Holzverkauf.

Königliche Oberförsterei

Kraschow.

Donnerstag, den 28. März c. Vormittags von 10 Uhr ab, werden in dem Kriegsar'schen Ga- sthaus zu Hüttenbörn nachstehende Hölzer aus dem Einzugsgebiet der 1889 öffentlich meistbietend verkauft werden und zwar:

1) Schubbezirk Kraschow I, Tag. 20/21

3 Kiefern IV. Cl. ca. 176 Fichten II. bis IV. Cl.

2) Schubbezirk Kraschow I, Totalit.

ca. 130 Kiefern I. bis III. Cl.

50 Fichten III. bis V. Cl.

3) Schubbezirk Kraschow II, Totalit.

ca. 460 Kiefern II. bis V. Cl.

4) Schubbezirk Friedrichsgrätz, Totalit.

ca. 470 Kiefern II. bis V. Cl.

= 120 Fichten III. bis V. Cl.

sodann aus dem ganzen Revier ca. 1300 rm Kiefern Kullen, 1,5 m und 0,75 m lang,

= 750 rm Kiefern Kullen, 3 m lang,

= 100 rm Fichten Kullen, 1 m lang.

Ferner kommen aus den Schub- bezirk Kraschow I, Krauschow II und Friedrichsgrätz die Baumölzer für Consumenten unter beschränkter Concurrenz zum Ausgeben. Kraschow, den 19. März 1889.

Der Oberförster.
Dehni.

150 bis 200 Tausend Mark sind in Posten von 30 bis 60 Tausend Mark à 4 u. 4½% zur ersten Hypothek auf hiesige Grundstücke in guter Lage, oder auf Landgüter zum 1. April oder später zu vergeben. Offerten werden unter P. F. S. 49 Exped. der Bresl. Btg. erbitten.

1. Hypothek, 30000 M., 4½% ausm. Hausgrundstück, Taxe 50000 M. zu zedieren. Agenten ausgeschlossen. Off. J. B. 52 Exped. d. Bresl. Btg.

Lohnender

Verdienst.

Für meine neuesten Universal- Thürsteiger suche für Breslau einen tüchtigen Vertreter. [1493] Emil Katzenberger,
Metallwarenfabrik, München.

Eine leistungsfähige Nordhäuser Kornbranntwein-Brennerei sucht einen tücht. Vertreter. Offerten werden erbitten unter A. B. postlagernd Nordhausen.

Für den Platz Posen wird eine leistungsfähige schlesische Zündwarenfabrik, für den Verkehr mit der ersten Kundenschaft, von einem alten, eingeführten Agenten mit Prima-Referenzen gesucht. [3493]

Offerten Chiffre J. B. 179 Exped. der Bresl. Btg.

Agenten-Gefuch.

Für eine der ersten süddeutschen Tricotagefabriken wird ein Agent gesucht, welcher ganz Schlesien, ausgenommen Breslau, zu bereisen und die größeren Consumenten und best. Detailgeschäfte mit den feinsten und gewöhnlichen Tricotagen in Wolle, Halbwolle und Baumwolle zu be- suchen hätte. Nur ganz tüchtige, mit der Branche und der Kundenschaft be- kannte und bei derselben gut einge- führte Agenten wollen ihre Offerten unter der Chiffre Z. 182 bei der Exped. der Bresl. Btg. zur Weiter- beförderung einreichen. [3544]

Eine der ältesten u. bedeutendsten Rheinischen Wein- Großhandlungen mit ausgedehntem Weingutsbesitz im Rheingau sucht für Breslau und Provinz Schlesien einen tüchtigen Agenten

(christl. Confession). [1504]

Nur Offerten mit Prima-Referen-

zen können berücksichtigt werden.

Offerten unter D. 9868 an Rudolf

Mosse, Köln.

Bon einem ersten Berliner Gross- hand der Tüll- und Spatenbranche wird zum baldigen Antritt [1495]

ein tüchtiger Plazagent

für Breslau gesucht, der mit der

Branche u. der Kundenschaft vollständig vertraut ist. Adressen unter J. W. 1371 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

In einer Kreisstadt Mittelschlesiens von ca. 12 000 Einwohnern ist ein Grundstück mit Detillations-Geschäft (volle Schank + Concession), welches einen jährlichen

Detail-Umsatz

von ca. 18 000 M.

aufzuweisen hat, sofort zu ver- kaufen. Näheres Auskunfts erbetet Rosenberg in Nieschowitz bei Breslau. [4663]

Ein fein, gut geb. Haus mit nur guten Miethern, in gut. Lage, nur 1 Hypothek à 4½% und 2700 M. Uebersch., ist m. ein. Ang. v. 2000 M. zu verk. Nur Selbstrest. Näh. Brief der Bresl. Btg. sub H. H. 46.

Die Freistelle Groß-Masselwitz Nr. 21 (28 Jahr im eig. Besitz) ist zu verkaufen. Dies. eignet sich zur Kräuter-, auch Kunigärtnerrei.

Wegen Todesfall ist ein gut gelegenes [1404]

Colonial-Waaren- Geschäft

in einer großen Kreis- u. Garnison- Stadt Schlesiens bald zu ver- kaufen. Bewerbungen unter Chiffre F. 222 nimmt Rudolf Mosse, Breslau, entgegen.

Ich empfehl eine neue Sendung Astrachaner

Winter-Caviar, hochfeinste Eis-Waare, und empfehle solchen zeitgemäss billigst. [3619]

Carl Joseph Bourgarde, Schuhbrücke Nr. 8.

Empfing neue Zufuhren der besten [4658]

Tyroser Epsel und empfehle das Pfund von 15 Pfg. ab.

E. Hielscher, Neuscheffstraße 60, Neue Taschenstraße 5.

Von eingetroffener neuer Sendung empfehlen [3623] hochfeinen mildgesalzenen Astrachaner

Winter-Eis-Caviar

Erich & Carl Schneider, Schweidnitzerstr. 13—15, Erich Schneider in Liegnitz, Hosflieferanten.

Die Selbsthilfe.

neuer Rathgeber für alte und junge Personen, die in Folge übler Jugendgewohnheiten sich geschwächt fühlen. Es lebt es auch jeder, der an Nervosität, Herzklappen, Verbaungsbeschwerden, Hämorrhoiden leidet, seine ärztliche Behandlung hilft jährlich vielen Tausenden zur Gesundheit und Kraft. Seine Einwendung von 1 Mark in Briefmarken zu beziehen von Dr. L. Ernst, Homöopath, Wien, Giselastraße Nr. 11. — Wird in Couvert verschlossen übertriefen.

Billige Kieferbretter, föllig, anbrüchig oder in kurzen Stücken von 1 Meter an, Breite 10—32 Centimeter, faust regelmässig [3606] N. Schäffer, Breslau.

Ein größerer Posten Erlenstäangen, Birken- u. Eichen-Schirrhölz ist zu verkaufen. [4656]

Räheres Gartenstraße Nr. 19, im Cigarrengeschäft.

Per 1. April suche ich einen tüchtigen Speeristen, [3599]

welcher auch in der Correspondenz und Buchführung gut bewandert sein muss. Poln. Sprache ist Bedingung und Gehaltsansprüche ev. Bild beizufügen. J. Grunwald, Myslowitz OS.

Umgangshälber sind 2 Bettstellen, Schränke u. andere Möbel billig zu verk. Matthiasplatz 2, II. Et. r.

Für Arzte! Ein gutes Mikroskop und ein Operationsstuhl billig zu ver- kaufen. Matthiasplatz 2, 2. Et.

2 Fenster Crestongardinen, crèmefarb. Fond, b. zu verkaufen Albrechtsstraße 3, I. [4669]

Wegzugshälber Möbel billig. J. v. B. d. 8—11 Sonnenstr. 7, 2. Et. r.

Ein Eichen-Buffet mit Marmorplatte steht bill. zum Verkauf. Näh. B. R. Hahn, Spedition, Graupenstr. 7/8.

Stellen-Anerbieten und Gesuche. Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Gef. e. ungepr. Erz. w. g. mus. ist; Gef. 500 M. d. Et. Friedländer, Sonnenstr. 25.

Wirthschafterin gesucht. Gebalt 240 Mark. Zum 1. April. Zeugnis-Abschriften einsenden an Dominium Steinbeck bei Schönfleiß in der Neumark. [3546]

Per 1. April cr. suche ich ein tüchtiges, jüdisches Fräulein, aus guter Familie, welches sich schon in Stellung als Stütze der Hausfrau bewährt hat und in Küche und Wasche firm ist. [3502]

B. Wienskowitz, Babrz OS.

Für 2 Mädchen a. g. Familie, kath., 18 u. 19 J. alt, Witwen, fräftig und ges., wird Stellung als Stütze der Haushalte gesucht. Antr. f. bald erf. Gef. Off. E. J. 183 an die Exped. der Bresl. Btg. [3547]

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Zum sofortigen Antritt od. 1. April c. wird eine Dame für ein großes Leinen- u. Wäsche-Geschäft in Oberschlesien gesucht, die das Buscheneden perfect versteht und auch tüchtige Verkäuferin ist. [4668]

Bewerberinnen wollen sich Vor- mittag persönlich melden bei Joseph Breslauer, Carlsstraße 7, I.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Zum sofortigen Antritt od. 1. April c. wird eine Dame für ein großes Leinen- u. Wäsche-Geschäft in Oberschlesien gesucht, die das Buscheneden perfect versteht und auch tüchtige Verkäuferin ist. [4668]

Bewerberinnen wollen sich Vor- mittag persönlich melden bei Joseph Breslauer, Carlsstraße 7, I.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., musik, kinderlieb, sehr wirtschaftl., in sein Handarbeit geb., f. bald eine Nachmittags- stelle zu Kind. od. als Stütze der Haush. Gef. Off. erb. man unter G. S. 13 Brief. der Bresl. Btg.

Ein geb. Mädel., 20 Jahr, a. an- ständiger Fam., mus